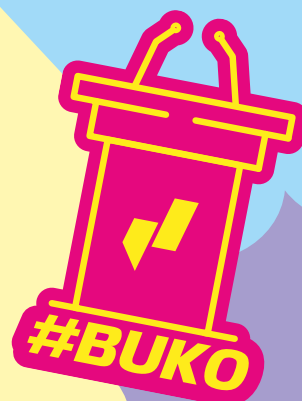


# Antragsbuch



**72.**  
**Bundeskongress**  
in Bingen am Rhein



# Anträge

## Inhaltsverzeichnis

### L - Leitantrag

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
L01	Eine Zeitenwende in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung Bundesvorstand	68

## S - Satzung, Geschäftsordnung und Schiedsordnung

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
GO01	Elektronische Abstimmungen bei Personenwahlen ermöglichen Bundesvorstand	66
GO02	Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung (Kumulieren im AMV ermöglichen) LV Nordrhein-Westfalen, LV Niedersachsen, LV Bayern, LV Baden-Württemberg, LV Hessen, Leonard Kern-Wagner (LV Nordrhein-Westfalen), Frederik Bottermann (LV Nordrhein-Westfalen), Julia Hehl (LV Mecklenburg-Vorpommern), Eddie Friedrich (LV Sachsen), Xaver-Pascal Möller (LV Thüringen)	67
S01	Aufnahme von Mitgliedern bei untätiger Gliederung durch den Bundesvorstand ermöglichen Bundesvorstand	75
S02	Neuregelung der Zusammensetzung des erweiterten Bundesvorstandes ermöglichen Bundesvorstand	76

## 1 - Bildung, Forschung und Kultur

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
101	Unsere Kinder brauchen mehr als Kreide: Starke Schulpsychologie ist Pflicht! LV Bayern	10
102	Qualität statt Kompromiss – Trennung von lehrenden und forschenden Professuren LV Schleswig-Holstein, BAK Bildung, Forschung und Kultur	11

### 3 - Gesundheit und Soziales

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
301	<b>Selbstbestimmung statt Ehezwang - Reform des Embryonenschutzgesetzes</b> LV Schleswig-Holstein, BAK Gesundheit und Pflege	13
302	<b>AMG ohne PS, aber mit Wirkung</b> LV Schleswig-Holstein, BAK Gesundheit und Pflege	15
303	<b>Deutschland Therapieren! – Reform des Psychotherapeutengesetzes</b> BV Düsseldorf (LV Nordrhein-Westfalen)	17

#### 4 - Innen, Sport und Recht

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
401	Für eine neue Olympia-Vision – Olympische Spiele nach Deutschland holen! LV Thüringen	19
402	Wahrheit oder Pflicht- verpflichtenden Wehrdienst gibt es mit uns nicht! LV Sachsen-Anhalt	20
403	Ein Perso, der deinen Namen trägt, komplett vom Staat bezahlt LV Sachsen-Anhalt	21
404	Weg mit dem monarchistischen Blinddarm – Das Amt des Bundespräsidenten abschaffen! LV Sachsen-Anhalt	22
405	Beauftragt, nichts zu machen - Ostbeauftragten abschaffen! LV Sachsen-Anhalt	23
406	Gender? Abschaffen. BV Münsterland (LV Nordrhein-Westfalen), LV Nordrhein-Westfalen, Julia Hehl (LV Mecklenburg-Vorpommern)	24
407	Delegitimiere doch, was du willst LV Hessen, LV Nordrhein-Westfalen	26
408	Weniger Helm, mehr Hirn – liberale Sicherheitspolitik für unsere Stadien LV Hamburg, LV Bremen	27
409	Wehrpflicht-Stasi? Nein, danke! LV Bayern	29
410	Freie Fahrt? Freie Informationen! – Blitzer sind kein Ratespiel LV Bayern	31
411	Lotterie 2.0: Eine längst überfällige Reform LV Bayern	32
412	Lappen weg wegen Drogen? Nur, wenn du auch am Steuer gesessen hast LV Bremen	34
413	Streichung des Beschlusses „Beischlaf zwischen Verwandten“ LV Schleswig-Holstein, LV Niedersachsen	36
414	Feuerwerk ist kein Verbrechen LV Sachsen	37
415	Bargeld ist Freiheit - Gegen Generalverdacht und Cash-Limits LV Sachsen	38
416	Internet Stasi? Nein, danke! KV München (LV Bayern), BV Oberbayern (LV Bayern), BV Schwaben (LV Bayern), KV Augsburg (LV Bayern)	40
417	Für einen unabhängigen und rechtsstaatlichen Verfassungsschutz BV Ostwestfalen-Lippe (LV Nordrhein-Westfalen)	42

## 5 - Europa und Internationales

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
501	Freiheit verteidigt sich nicht von selbst - Bundeswehrbeschaffung stärken! LV Rheinland-Pfalz	44
502	Make Verteidigung European Again! LV Sachsen	46
503	Zeitenwende durchziehen – Beteiligung an Coalitions of the Willing ermöglichen LV Sachsen	48
504	Deutschland resilient machen. Punkt. LV Sachsen	49

## 7 - Umwelt, Verkehr und Bau

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
701	<b>Mehr Platz für LKW</b> LV Bayern	51
702	<b>Artenschutz statt Schaulust - Zoos neu denken</b> BV Ostwestfalen-Lippe (LV Nordrhein-Westfalen), BV Münsterland (LV Nordrhein-Westfalen), BV Westfalen-West (LV Nordrhein-Westfalen)	52

## 8 - Wirtschaft, Energie und Finanzen

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
801	Weil Arbeitnehmer uns mehr wert sind – Mindestlohn abschaffen! LV Sachsen-Anhalt	53
802	Steuern sind Raub! LV Sachsen-Anhalt	54
803	Erfolgreiche Start-Ups = erfolgreiche Zukunft LV Hamburg, LV Berlin, KV München (LV Bayern), KV Frankfurt (LV Hessen)	55
804	Meistermeldungen abschaffen LV Bremen	59
805	Einfach, niedrig und gerecht - Staatsquote senken und Flat Tax einführen! LV Nordrhein-Westfalen, LV Hessen	60
806	Ab in den Süden – Fliegen muss wieder bezahlbar werden! LV Nordrhein-Westfalen, LV Niedersachsen, LV Hessen	61
807	Mehr Milei Zuhause - Enterprise Zone für Deutschland BV Ostwestfalen-Lippe (LV Nordrhein-Westfalen)	64

## 9 - Internes, FDP und Grundsätzliches

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
901	Unvereinbarkeit mit Team Freiheit LV Thüringen	65

# Antrag 101: Unsere Kinder brauchen mehr als Kreide: Starke Schulpsychologie ist Pflicht!

Laufende Nummer: 20

Antragsteller*in:	LV Bayern
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	1 - Bildung, Forschung und Kultur

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 In Bayern ist ein Schulpsychologe mit durchschnittlich 3.487 Schüler pro  
2 Vollzeitstelle betraut. Im Bund ist die Lage nach dem Berufsverband Deutscher  
3 Psychologinnen und Psychologen (BDP) sogar noch prekärer und ein Psychologe muss über  
4 5.000 Schüler betreuen. Dies führt dazu, dass Schulpsychologen über ihre reguläre  
5 Dienstzeit hinaus arbeiten, um ihren Workload zu schaffen. Um der steigenden  
6 Belastung entgegenzusteuern und die aktiven Kräfte zu entlasten, fordern wir:
- 7 • Es braucht eine flächendeckende schulpsychologische Versorgung für alle Schüler.  
8 Jede Schule soll Zugang zu einem eigenen oder regelmäßig erreichbaren  
9 Schulpsychologen haben – unabhängig von Wohnort oder Schulträger. Hierfür soll  
10 eine ehrgeizige Zielvorgabe, beispielsweise von 1:1.000, gesetzt werden.
  - 11 • Es sollen weitere Fachschaften geschaffen werden, die das Studium  
12 Schulpsychologie oder die Vertiefung Schulpsychologie anbieten.
  - 13 • Es soll eine neue Zielvorgabe für Beratungslehrkräfte an Schulen gesetzt werden.  
14 Diese Zielvorgabe soll sich auf die Erfahrungen der Lehrkräfte stützen und der  
15 Bedarf an Weiterbildungsplätzen für neue Beratungslehrkräfte soll sich daran  
16 richten.
  - 17 • Es sollen vermehrt Beratungslehrkräfte für die Schulen ausgebildet werden. Bei  
18 der Vergabe der Fortbildungsplätze durch staatliche  
19 Weiterbildungsveranstaltungen soll ein besonderes Augenmerk auf die  
20 verschiedenen Schulformen, regionale Zuordnung der Lehrkräfte und Schulen mit  
21 besonderem Förderungsbedarf gelegt werden.
  - 22 • An allen Universitäten, an denen ein Lehramtsstudium angeboten wird, soll die  
23 Möglichkeit geschaffen werden, sich schon während des Studiums, oder  
24 nebenberuflich als Erweiterungsstudium, zur Beratungslehrkraft ausbilden zu  
25 lassen.
  - 26 • Im Zuge des Lehramtsstudiums sollen mehr Module, die das Thema Psychologie  
27 behandeln, verpflichtend gemacht werden.

## Begründung

Erfolgt mündlich.

# Antrag 102: Qualität statt Kompromiss – Trennung von lehrenden und forschenden Professuren

Laufende Nummer: 31

<b>Antragsteller*in:</b>	LV Schleswig-Holstein, BAK Bildung, Forschung und Kultur
<b>Status:</b>	eingereicht
<b>Sachgebiet:</b>	1 - Bildung, Forschung und Kultur

Die Versammlung möge beschließen:

1 An deutschen Universitäten verbinden Professuren traditionell Forschung und Lehre in  
2 einem einzigen Aufgabenprofil. Dies führt häufig zu einer hohen Arbeitsbelastung und  
3 erschwert es, in beiden Bereichen Spitzenleistungen zu erbringen. Während einige  
4 Professoren ihre Stärke in der Forschung sehen, liegen die Talente anderer klar im  
5 Bereich der Lehre. Gleichzeitig profitieren Studierende von aktueller Forschung, die  
6 durch die Lehrverpflichtung oft nur eingeschränkt vermittelt werden kann.

7 Die Jungen Liberalen stehen für Freiheit, Spezialisierung und  
8 Effizienz, auch in der akademischen Welt. Wir sehen ein erhebliches Potenzial darin,  
9 Professuren nach ihren Kernkompetenzen zu differenzieren, um Lehrqualität,  
10 Forschungsleistung und Karrierewege transparent und leistungsorientiert zu gestalten.

11 Darum fordern wir:

## 12 **1. Die Einführung von zwei klar getrennten Professurenprofilen**

13 Lehrprofessoren sollen 80 Prozent ihrer Arbeitszeit auf Lehre, Betreuung von  
14 Studierenden,  
15 Curriculumentwicklung und innovative Lehrmethoden konzentrieren. Sie müssen sich  
16 an Forschungsprojekten beteiligen, übernehmen jedoch keine  
17 Leitungsverantwortung. Ihre wissenschaftliche Qualifikation bleibt Voraussetzung, um  
18 die akademischen Standards sicherzustellen. Forschungsprofessoren hingegen sollen  
19 sich vollständig auf Forschung, Publikationen, Drittmittelprojekte und internationale  
20 Kooperationen konzentrieren und keine verpflichtenden Lehrverpflichtungen haben. Sie  
21 sollen methodisch hochwertige Forschung durchführen.

## 22 **2. Die Entwicklung klarer Karrierepfade und Anreizsysteme für beide Profile**

23 Lehrprofessoren sollen Prestige, Beförderungsmöglichkeiten und Evaluationssysteme  
24 erhalten, die ausschließlich auf Lehrqualität, Innovationskraft in der Didaktik und  
25 Erfolg in der Betreuung von Studierenden basieren. Forschungsprofessoren sollen ihre  
26 Leistungen primär über Publikationsqualität, Drittmittelakquise und internationale  
27 Vernetzung nachweisen. Vergütungssysteme sollen transparent gestaltet werden und  
28 beiden Profilen gleichermaßen Anerkennung verschaffen.

## 29 **3. Eine Arbeitszeit- und Ressourcenregelung, die die optimale Nutzung von Personal 30 und Infrastruktur sicherstellt**

31 Lehrprofessoren übernehmen überwiegend Lehrveranstaltungen, Übungen, Tutorien und  
32 Prüfungsvorbereitung, während Forschungsprofessoren bevorzugten Zugang zu Laboren,  
33 Fördermitteln und Forschungspersonal erhalten. Studierende sollen von beiden Profilen  
34 profitieren, etwa durch gemischte Seminare oder Mentoring-Programme, um den Kontakt  
35 zu aktueller Forschung und innovativer Lehre zu gewährleisten.

- 36 **4. Eine Evaluation und Qualitätssicherung, die die Leistungen beider Profile**  
37 **angemessen misst und anerkennt**
- 38 Lehrprofessoren werden anhand von Lehrqualität,  
39 Innovationskraft und Betreuungserfolg bewertet, Forschungsprofessoren anhand von  
40 Publikationsqualität, Drittmittelakquise und wissenschaftlicher Wirkung. Mixed-  
41 Profile, die beide Aufgabenfelder übernehmen, bleiben möglich, erhalten jedoch klare  
42 Zielvereinbarungen und transparente Arbeitszeitaufteilungen.

## **Begründung**

Erfolgt mündlich

# Antrag 301: Selbstbestimmung statt Ehezwang - Reform des Embryonenschutzgesetzes

Laufende Nummer: 25

Antragsteller*in:	LV Schleswig-Holstein, BAK Gesundheit und Pflege
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	3 - Gesundheit und Soziales

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Möglichkeiten der modernen Reproduktionsmedizin haben sich in den letzten
- 2 Jahrzehnten rasant weiterentwickelt. Die In-vitro-Fertilisation (IVF) ist heute ein
- 3 etabliertes und bewährtes Verfahren, das unzähligen Menschen mit unerfülltem
- 4 Kinderwunsch die Chance auf eine eigene Familie eröffnet.
- 5 Trotz dieser medizinischen Fortschritte bleiben die Rahmenbedingungen in Deutschland
- 6 in einigen Bereichen veraltet. Besonders problematisch ist, dass eine IVF
- 7 grundsätzlich nur
- 8 verheirateten Paaren ermöglicht wird, wenn sie staatliche oder kassenrechtliche
- 9 Unterstützung in Anspruch nehmen wollen. Unverheiratete Paare sowie Menschen in
- 10 anderen stabilen Lebensgemeinschaften werden dadurch faktisch benachteiligt oder
- 11 ausgeschlossen.
- 12 Diese Regelung spiegelt nicht die gesellschaftliche Realität des 21. Jahrhunderts
- 13 wider, in der Familie längst mehr bedeutet als eine Ehe im traditionellen Sinne. Sie
- 14 schränkt die individuelle Fortpflanzungsfreiheit ein und widerspricht den liberalen
- 15 Grundwerten von Selbstbestimmung und Verantwortung.
- 16 Zudem wird in der medizinischen Praxis häufig ein Zeitraum von bis zu einem Jahr
- 17 abgewartet, bevor eine Unfruchtbarkeit ärztlich diagnostiziert wird. Erst nach
- 18 Ablauf dieser Frist kann eine reproduktionsmedizinische Behandlung wie die In-vitro-
- 19 Fertilisation in Betracht gezogen werden. Diese in der medizinischen Praxis üblichen
- 20 Wartezeit verlängert den Leidensdruck vieler Betroffener unnötig und wirkt sich
- 21 zugleich
- 22 biologisch nachteilig aus, da mit steigendem Alter die Erfolgchancen einer
- 23 Schwangerschaft abnehmen und das Risiko für das Ungeborene steigt.
- 24 Darüber hinaus verbietet das Embryonenschutzgesetz die Nutzung kryokonservierter,
- 25 befruchteter Eizellen zu wissenschaftlichen Zwecken, selbst dann, wenn die
- 26 betroffenen Paare dieser Nutzung ausdrücklich zustimmen würden. Dadurch werden
- 27 wichtige Forschungsmöglichkeiten zur Stammzellbiologie, zur Verbesserung der
- 28 Reproduktionsmedizin und zur Bekämpfung genetischer Erkrankungen blockiert.
- 29 Die Jungen Liberalen setzen sich daher für eine moderne,
- 30 wissenschaftsfreundliche und freiheitliche Reform der Fortpflanzungsmedizin ein, die
- 31 das Recht auf Selbstbestimmung stärkt, die Dauer bis zur Behandlung verkürzt und
- 32 verantwortungsvolle Forschung im Dienste der Medizin ermöglicht. Konkret fordern wir:
- 33 **1. Zugang zur In-vitro-Fertilisation unabhängig vom Familienstand**
- 34 Die Kostenübernahme für eine In-vitro-Fertilisation durch die Krankenkassen darf
- 35 nicht länger an das Bestehen einer Ehe gebunden sein. Entscheidend ist ausschließlich

36 die medizinische Identifikation und die mündige, schriftlich dokumentierte  
37 Einwilligung der beteiligten Personen. Jede einvernehmliche und  
38 verantwortungsbewusste Partnerschaft, unabhängig vom Ehestatus oder Geschlecht, soll  
39 gleichermaßen Anspruch auf kassenrechtliche Unterstützung erhalten.

#### 40 **2. Verkürzung der Wartezeit bis zur Feststellung einer Unfruchtbarkeit**

41 In der medizinischen Praxis wird Unfruchtbarkeit häufig erst nach einem Zeitraum von  
42 bis zu einem Jahr ohne Eintritt einer Schwangerschaft diagnostiziert. Wir schlagen  
43 vor, diese Frist auf sechs Monate zu reduzieren. Diese Verkürzung trägt dem  
44 psychischen Leid vieler Betroffener Rechnung, ermöglicht einen schnelleren Beginn  
45 einer medizinisch indizierten Behandlung und verbessert die Erfolgsaussichten auf  
46 eine Schwangerschaft.

#### 47 **3. Zulassung kryokonservierter befruchteter Eizellen für die universitäre 48 Stammzellforschung**

49 Künftig soll es erlaubt sein, übrige kryokonservierte befruchtete Eizellen, mit  
50 ausdrücklicher, schriftlicher und freiwilliger Zustimmung der betroffenen Personen,  
51 für wissenschaftliche Zwecke zu nutzen, sofern die Forschung ausschließlich in  
52 staatlich anerkannten universitären oder universitätsassoziierten Einrichtungen  
53 erfolgt, ausschließlich der medizinischen und biologischen Grundlagenforschung dient,  
54 die Entwicklung der Embryonen das Acht-Zell-Stadium nicht überschreitet und die  
55 gewonnenen Erkenntnisse der Allgemeinheit zugutekommen.

56

## **Begründung**

Antragsteller: LV Schleswig-Holstein und BAK Gesundheit

Begründung erfolgt mündlich

## Antrag 302: AMG ohne PS, aber mit Wirkung

Laufende Nummer: 26

Antragsteller*in:	LV Schleswig-Holstein, BAK Gesundheit und Pflege
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	3 - Gesundheit und Soziales

Die Versammlung möge beschließen:

1 Das deutsche Arzneimittelrecht gewährt sogenannten „besonderen Therapierichtungen“  
2 insbesondere der Homöopathie und der anthroposophischen Medizin eine Sonderstellung  
3 im Rahmen des Arzneimittelgesetz (AMG). Während für klassische Arzneimittel ein  
4 umfassender Wirksamkeitsnachweis durch klinische Studien Voraussetzung für die  
5 Zulassung ist, können homöopathische Präparate im Rahmen einer bloßen Registrierung  
6 in Verkehr gebracht werden, ohne dass ihre therapeutische Wirksamkeit nach  
7 evidenzbasierten Kriterien nachgewiesen werden muss.

8 Gleichzeitig erstatten zahlreiche gesetzliche Krankenkassen entsprechende Präparate  
9 als freiwillige Satzungsleistungen im Rahmen des SGB V. Dadurch werden Mittel der  
10 Solidargemeinschaft zumindest teilweise für Therapien verwendet, deren Nutzen nicht  
11 dem wissenschaftlichen Standard moderner evidenzbasierter Medizin entspricht.

12 Wir Jungen Liberale stehen für eine Gesundheitsversorgung, die sich am aktuellen  
13 Stand

14 der Wissenschaft orientiert, die Beitragsmittel effizient einsetzt und Transparenz  
15 gegenüber Patientinnen und Patienten gewährleistet. Ein Arzneimittelstatus ohne  
16 Wirksamkeitsnachweis untergräbt langfristig das Vertrauen in ein strenges und  
17 rationales Regulierungssystem.

18 Darum fordern wir:

19 **1. Die Abschaffung der privilegierten Registrierung ohne Wirksamkeitsnachweis im**  
20 **Arzneimittelgesetz**

21 Künftig sollen alle Arzneimittel unabhängig von Therapierichtung oder historischer  
22 Tradition denselben evidenzbasierten Zulassungsanforderungen unterliegen. Für das  
23 Inverkehrbringen eines Arzneimittels ist grundsätzlich ein wissenschaftlich  
24 anerkannter Wirksamkeitsnachweis nach den Maßstäben moderner klinischer Forschung zu  
25 erbringen. Hierzu gehören insbesondere randomisierte, kontrollierte Studien sowie  
26 Phase-III-Studien zur Bestätigung von Wirksamkeit und Sicherheit.

27 **2. Die Gleichbehandlung aller Arzneimittel im Zulassungsverfahren**

28 Der im Arzneimittelgesetz verankerte Sonderstatus „besonderer Therapierichtungen“ ist  
29 zu beenden. Der Maßstab für Sicherheit, Wirksamkeit und Nutzen-Risiko-Abwägung darf  
30 nicht von weltanschaulichen oder historischen Therapieansätzen abhängig gemacht  
31 werden, sondern muss einheitlich auf naturwissenschaftlich überprüfbaren Kriterien  
32 beruhen.

33 **3. Eine Änderung des SGB V mit dem Ziel, die Erstattungsfähigkeit im System der**  
34 **gesetzlichen Krankenversicherung konsequent an evidenzbasierte Kriterien zu knüpfen**

35

Leistungen und Arzneimittel ohne nachgewiesenen medizinischen Nutzen im Sinne

36

evidenzbasierter Medizin dürfen weder Regelleistung noch freiwillige Satzungsleistung

37

gesetzlicher Krankenkassen sein.

38 **4. Eine klare gesetzliche Transparenzpflicht für bereits im Verkehr befindliche**

39 **Präparate ohne klinischen Wirksamkeitsnachweis.**

40 Bis zu einer vollständigen Reform sind diese Produkte verpflichtend eindeutig als

41 „ohne wissenschaftlich belegte Wirksamkeit“ zu kennzeichnen, um Verbraucherinnen und

42 Verbraucher vor Fehlannahmen über eine staatlich geprüfte therapeutische Wirkung zu

43 schützen.

## **Begründung**

Erfolgt mündlich

# Antrag 303: Deutschland Therapieren! – Reform des Psychotherapeutengesetzes

Laufende Nummer: 32

<b>Antragsteller*in:</b>	BV Düsseldorf (LV Nordrhein-Westfalen)
<b>Status:</b>	eingereicht
<b>Sachgebiet:</b>	3 - Gesundheit und Soziales

Die Versammlung möge beschließen:

1 Als Jens Spahn, im Jahr 2019 mit einer Reform des Psychotherapeutengesetzes begann,  
2 waren die Versprechungen groß. Das Psychologiestudium sollte reformiert, die  
3 Approbation einfacher gemacht und die Ausbildung anständig vergütet werden.  
4 Verbesserungen gab es, aber es wurden dennoch ohne Not neue Probleme geschaffen.

5 Bereits im Bachelor, oder sogar davor entscheiden zu müssen, ob man Therapeut oder  
6 nur Psychologe werden will, ist unverantwortlich. Wer eine eigene Praxis gründen  
7 will, braucht dafür jetzt 10 Jahre statt 8, weil die Fachausbildung, die dafür  
8 Pflicht ist, verlängert wurde.

9 Zusätzlich dazu sind durch eine unklare Finanzierungsregelung die Ausbildungsplätze  
10 selten geworden und es ist ein Engpass bei einem stark nachgefragten Beruf  
11 entstanden.

12 Deswegen ist es Zeit für eine Reform der Reform und wir als Junge Liberale fordern:

## 13 **Eindeutige Zuständigkeiten:**

14 • **Klar geregelte Finanzierung** der Weiterbildung, bundesweit analog zur  
15 Finanzierung der Facharztausbildung, über Tarifverträge in Kliniken refinanziert  
16 durch Fallpauschalen der Krankenkassen, während in ambulanter Behandlung  
17 ebenfalls, wie bei Ärzten, eine direkte Förderung durch die Kassenärztlichen  
18 Vereinigungen erfolgen soll.

19 • **Bedarfsplanung der Weiterbildung** am Vorbild der Facharztausbildung: Ein  
20 Mindestprozentsatz für Weiterbildungsplätze, der sich an der Größe der Klinik  
21 orientieren soll.

22 Das Fehlen einer klaren Regelung der Finanzierung sorgt aktuell für einen Engpass an  
23 Weiterbildungsplätzen, da diese sich für Praxen fast nie und Kliniken immer seltener  
24 lohnen. Anstatt das Problem wirklich anzugehen, wurde die Finanzierung an die Länder  
25 weiter delegiert, ohne eindeutige Zuständigkeiten. Durch eine eindeutige Verteilung  
26 der Verantwortung wird dieses Problem endlich gelöst und durch eine Förderung werden  
27 neue Kapazitäten geschaffen.

## 28 • **Verkürzung der Ausbildung auf 4 Jahre**

29 Wer 5 Jahre studiert hat und eine vierjährige Ausbildung durchlaufen hat, sollte sich  
30 als Psychotherapeut selbstständig machen können. Aufgrund der hohen Nachfrage an  
31 Psychotherapeuten können wir uns eine 10-jährige Ausbildung schlicht nicht leisten,  
32 wollen aber die Qualitätssicherung stark halten, weswegen eine Dauer von 9 Jahren  
33 einen Kompromiss zwischen diesen beiden Polen darstellen würde.

34 • **Begriff Psychotherapie schützen:** Heilpraktiker, oder „Coaches“ sollen in Zukunft

35 keine Bezeichnungen mehr wie „Heilpraktiker für Psychotherapie“ verwenden  
36 dürfen.

37 Bis jetzt war nur der Begriff Psychotherapeut selbst geschützt, allerdings sollte, um  
38 Verwirrungen zu vermeiden und Patienten zu schützen, der Begriff der Psychotherapie  
39 auch nur von tatsächlichen Psychotherapeuten in der Behandlungsbeschreibung verwendet  
40 werden dürfen.

41 • **Vollständig digitale Patientenakten:** Entsprechend der Modernisierungen im  
42 gesamten Gesundheitssektor sollen auch in der Therapie die Patientenakten  
43 vollständig digital geführt werden können.

44 Patientenakten im 21. Jahrhundert noch physisch zu führen, ist nicht zeitgemäß und  
45 sollte nicht mehr der Standard in einem modernen Gesundheitssystem sein.

46 • **Entscheidung für oder gegen Therapie durch Master bestimmen**

47 Sowohl im alten System vor Jens Spahn als auch im neuen System müssen viele Studenten  
48 bereits nach einem Jahr innerhalb des Bachelors wählen, ob sie psychologischer  
49 Psychotherapeut oder „nur“ Psychologe werden wollen (den Titel Psychologe darf man  
50 nach einem Master führen). Das ist allerdings ein fehlgeleiteter Ansatz, da im  
51 Bachelor ein breites Spektrum an Fächern abgedeckt werden soll und dadurch auch alle  
52 Abschlüsse im Ausland nicht zur Approbation führen. Daher sollte für die Approbation  
53 der Master und nicht der Bachelor entscheidend sein, solange dieser zumindest nicht  
54 fachfremd ist und ein Mindestmaß an relevanten Modulen abgelegt wurde, wobei vor  
55 allem die Module im Bereich Entwicklungspsychologie, Diagnostik, Klinische  
56 Psychologie und Statistik im Vordergrund stehen sollen.

57 • **Aktualisierung der Kassensitze**

58 Gegenwärtig bestimmen die Kassenärztlichen Vereinigungen (KV), wie viele Kassensitze  
59 es in einer Region gibt, also von welchem Psychotherapeuten Leistungen für die  
60 gesetzliche Krankenversicherung anerkannt bzw. übernommen werden. Praxen ohne  
61 Kassensitz können ausschließlich Privatversicherte oder Selbstzahler behandeln, da  
62 Leistungen für gesetzlich Versicherte nur über einen Kassensitz abgerechnet werden  
63 können. Ab einem Versorgungsstand von 110 % werden in einer Region keine neuen  
64 Kassenzulassungen vergeben und die einzige Möglichkeit, einen Kassensitz zu erhalten,  
65 ist die Übernahme einer bereits zugelassenen Praxis. Die Berechnung des  
66 Versorgungsstandes basiert auf im Jahr 1999 erhobenen Einwohnerzahlen, die einerseits  
67 inhärent veraltet sind und andererseits den Bedarf an Therapieplätzen massiv  
68 unterschätzen.

69 Wir fordern daher:

- 70 • Eine Aktualisierung der Datengrundlage alle 5 Jahre.
- 71 • Eine Erhöhung der Anzahl der Kassensitze pro Einwohner.
- 72 • Es soll geprüft werden, inwieweit ein pauschales Versorgungsmaximum (also eine  
73 Überversorgungsschwelle) generell notwendig oder abzuschaffen ist.

## Begründung

Erfolgt mündlich

# Antrag 401: Für eine neue Olympia-Vision – Olympische Spiele nach Deutschland holen!

Laufende Nummer: 8

Antragsteller*in:	LV Thüringen
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	4 - Innen, Sport und Recht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Jungen Liberalen sprechen sich für eine neue deutsche Olympia-Bewerbung
- 2 aus. Deutschland soll sich aktiv und selbstbewusst um die Austragung Olympischer und
- 3 Paralympischer Spiele – sei es 2036, 2040 oder zu einem späteren Zeitpunkt –
- 4 bemühen.
- 5 Dabei unterstützen wir ausdrücklich die derzeitigen Initiativen in **Hamburg, München,**
- 6 **Berlin und der Rhein-Ruhr-Region**, die bereits Konzepte für mögliche Bewerbungen
- 7 entwickeln. Diese Projekte zeigen, dass in Deutschland der Wille und die Kompetenz
- 8 vorhanden sind, Olympische Spiele nachhaltig, demokratisch legitimiert und
- 9 wirtschaftlich sinnvoll auszurichten.
- 10 Wir fordern:
- 11 1. **Eine koordinierte nationale Strategie** unter Federführung des Deutschen
- 12 Olympischen Sportbunds (DOSB) in Abstimmung mit Bund, Ländern und Kommunen, um
- 13 die bestehenden Bewerbungsinitiativen zu bündeln und Synergien zu schaffen.
- 14 2. **Transparente Bürgerbeteiligung und frühzeitige Kommunikation**, um Akzeptanz zu
- 15 sichern und den Dialog über Nutzen, Kosten und Nachhaltigkeit offen zu führen.
- 16 3. **Eine internationale Wertekampagne**, die Olympische Spiele in Deutschland als
- 17 Bekenntnis zu Demokratie, Weltoffenheit und Rechtsstaatlichkeit präsentiert.

## Begründung

mündlich

# Antrag 402: Wahrheit oder Pflicht- verpflichtenden Wehrdienst gibt es mit uns nicht!

Laufende Nummer: 11

<b>Antragsteller*in:</b>	LV Sachsen-Anhalt
<b>Status:</b>	eingereicht
<b>Sachgebiet:</b>	4 - Innen, Sport und Recht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Jungen Liberalen fordern die vollständige Abschaffung der Wehrpflicht und des Wehrpflichtgesetzes (WPfLG) in Deutschland.
- 2
- 3 Wir lehnen jegliche Form von Wehrpflicht, sozialem Pflichtdienst oder anderen
- 4 Pflichtdiensten in Deutschland ab.

## Begründung

Erfolgt mündlich.

## Antrag 403: Ein Perso, der deinen Namen trägt, komplett vom Staat bezahlt

Laufende Nummer: 12

<b>Antragsteller*in:</b>	LV Sachsen-Anhalt
<b>Status:</b>	eingereicht
<b>Sachgebiet:</b>	4 - Innen, Sport und Recht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Jungen Liberalen Sachsen-Anhalt fordern das Abschaffen der Gebühren, die bei
- 2 dem Erstellen eines Personalausweises in jenen Fällen anfallen, in denen es der Staat
- 3 vom Bürger verlangt, diesen zu erwerben. Dies betrifft die Fälle der Erstausstellung
- 4 des
- 5 Personalausweises sowie die Erneuerung nach Ablauf dessen Gültigkeit. Nach Verlust
- 6 ist die erneute Ausstellung des Ausweisdokuments vom Bürger selbst zu tragen. Die
- 7 Kosten des Ausweiswesens sind dabei vollständig vom Bund zu tragen und anfallende
- 8 Kosten für die ausstellende Behörde zu erstatten.

### Begründung

Der deutsche Staat verlangt von seinen Bürgern, dass diese einen Personalausweis besitzen, zahlen soll dies aber der Bürger selbst, dies ist Ausdruck eines kassierenden Bürokratiestaates und muss geändert werden.

# Antrag 404: Weg mit dem monarchistischen Blinddarm – Das Amt des Bundespräsidenten abschaffen!

Laufende Nummer: 13

<b>Antragsteller*in:</b>	LV Sachsen-Anhalt
<b>Status:</b>	eingereicht
<b>Sachgebiet:</b>	4 - Innen, Sport und Recht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Jungen Liberalen fordern das Amt des Bundespräsidenten abzuschaffen.
- 2 Die Funktion des Staatsoberhauptes wird auf den Bundesratspräsidenten übertragen. Er
- 3 übernimmt auch:
  - 4 • Den Vorschlag des Bundeskanzlers und die Ernennung und Entlassung der
  - 5 Bundesminister.
  - 6 • Die Ernennung und Entlassungen von Bundesbeamten, Bundesrichtern, Offizieren und
  - 7 Unteroffizieren.
- 8 Die Unterzeichnung internationaler Verträge, der Empfang ausländischer Botschafter
- 9 und die Anerkennung fremder Staaten fallen dem Außenminister zu.
- 10 Das Begnadigungsrecht entfällt ebenso wie das Prüfungsrecht. Vom Bundestag
- 11 beschlossene Gesetze müssen fortan nicht mehr gegengezeichnet werden, um im
- 12 Bundesgesetzblatt veröffentlicht werden zu können.
- 13 Repräsentative Aufgaben wie die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes werden auf den
- 14 Bundestags- und Bundesratspräsidenten übertragen oder entfallen größtenteils.

## Begründung

Erfolgt mündlich.

## Antrag 405: Beauftragt, nichts zu machen - Ostbeauftragten abschaffen!

Laufende Nummer: 14

<b>Antragsteller*in:</b>	LV Sachsen-Anhalt
<b>Status:</b>	eingereicht
<b>Sachgebiet:</b>	4 - Innen, Sport und Recht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Jungen Liberalen fordern, die Position des Ostbeauftragten abzuschaffen.

### **Begründung**

Erfolgt mündlich.

## Antrag 406: Gender? Abschaffen.

Laufende Nummer: 15

<b>Antragsteller*in:</b>	BV Münsterland (LV Nordrhein-Westfalen), LV Nordrhein-Westfalen, Julia Hehl (LV Mecklenburg-Vorpommern)
<b>Status:</b>	eingereicht
<b>Sachgebiet:</b>	4 - Innen, Sport und Recht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Das Selbstbestimmungsgesetz sieht vor, dass Personen, die sich nicht mit ihrem
- 2 biologisch angeborenen Geschlecht identifizieren auch ihr offizielles Geschlecht
- 3 ändern oder streichen können. Das Geschlecht, was dem Staat bekannt ist, entspricht
- 4 oftmals trotzdem nicht der eigentlichen Geschlechtsidentität. Diese Praxis sorgt
- 5 oftmals für Probleme und großen gesellschaftlichen Unmut.
- 6 Es drängt sich die Frage auf, wozu der Staat überhaupt Kenntnis über die
- 7 Geschlechtsidentität eines Bürgers braucht.
- 8 •   Gleichberechtigungsgrundsätze: Frauen und Männer sind gleichberechtigt nach dem
- 9 Grundgesetz. Insbesondere darf niemand wegen ihrer oder seiner Geschlechtsidentität
- 10 diskriminiert werden. Dazu ist keine Kenntnis notwendig, ob der Staat eine Person als
- 11 Mann oder als Frau führt.
- 12 •   Stadtentwicklung: „Angsträume“ sind gerade für Frauen oft ein großes Problem.
- 13 Städte sind in der Pflicht diesen Misstand zu minimieren - auch unabhängig davon, ob
- 14 sie für eine Frau oder einen Mann beängstigend sind.
- 15 •   Geschlechtsspezifische Angebote: Etwa in Stadtteilen mit vielen Frauen, braucht
- 16 es viele Angebote speziell für Frauen, etwa reine Frauen-Fitnessstudios oder
- 17 Frauenärzte. Das nimmt die Politik oft zum Anlass die Wirtschaftsförderung so
- 18 auszurichten, dass etwaige Angebote angelockt werden. Die Marktwirtschaft ist aber in
- 19 der Lage diese Angebote regional zu schaffen, wo sie nötig sind!
- 20 •   Strafverfolgung: Die Unterbringung in Geschlechts-getrennte
- 21 Justizvollzugsanstalten geht aktuell vom offiziellen Geschlecht aus. Gerichte haben
- 22 kaum Befugnis eine alternative Unterbringung anzuordnen. Das kann in Einzelfällen von
- 23 großer Relevanz sein. Um das oftmals prophezeite „Eindringen in den Schutzraum“ des
- 24 Frauenknastes also tatsächlich verhindern zu können, brauchen Gerichte mehr Handhabe
- 25 und sollen mit der Urteilsverkündung auch bekanntgegeben, ob die Unterbringung in
- 26 einem Frauen- oder Männerknast stattzufinden hat.
- 27 Das Geschlecht eines Bürgers ist also lediglich für Statistiken und Datenanalysen
- 28 relevant. Es ist symptomatisch für einen komplizierten und übergriffigen Staat, dass
- 29 dieser höchst-individuelle Daten über jeden von uns sammeln möchte. Im Sinne der
- 30 Verwaltungsvereinfachung, aber vor allem des Individualismus, fordern wir also: Der
- 31 Staat und Behörden sollen keinerlei Kenntnis über dein biologisches Geschlecht oder
- 32 deine Geschlechtsidentität haben. In der Kommunikation mit Behörden, auf dem
- 33 Reisepass, der Geburtsurkunde und anderen Dokumenten soll diese Information nicht
- 34 angegeben werden. Damit wird auch die Änderung des Geschlechtes beim Amt obsolet.

### Begründung

Erfolgt mündlich.

## Antrag 407: Delegitimiere doch, was du willst

Laufende Nummer: 16

<b>Antragsteller*in:</b>	LV Hessen, LV Nordrhein-Westfalen
<b>Status:</b>	eingereicht
<b>Sachgebiet:</b>	4 - Innen, Sport und Recht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Für die Jungen Liberalen ist es nicht hinnehmbar, dass sich in Deutschland eine
- 2 politische Kultur breitgemacht hat, die auf Meinungsäußerungen mit Anzeigen reagiert
- 3 und in der Staatskritik ein Fall für den Verfassungsschutz ist.
- 4 Wir Junge Liberale fordern, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz die während
- 5 Corona neu eingeführte Beobachtungskategorie der „Delegitimierung des Staates“ wieder
- 6 vollständig abschafft und die Delegitimierung des Staates auch nicht mehr als
- 7 beobachtungswürdig behandelt.
- 8 Wir fordern eine Abschaffung der Paragraphen §90 StGB (Verunglimpfung des Staates),
- 9 §103 StGB (Beleidigung von Organen und Vertretern ausländischer Staaten), §166 StGB
- 10 (Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und
- 11 Weltanschauungsgemeinschaften) und §188 StGB (sog. Politikerbeleidigung).
- 12 Wir Junge Liberale streben nach dem Ideal der Redefreiheit, weil wir wissen, dass nur
- 13 in einem freien Diskurs, im Wettbewerb kluge Entscheidungen getroffen und schlechte
- 14 Ideen entlarvt werden können. Vor diesem Hintergrund sehen wir die Entwicklung hin
- 15 zum Denunziantentum im Internet und den Ausbau von Meldestellen äußerst kritisch.
- 16 Doppelstrukturen bei Meldestellen zwischen Bund und Ländern wollen wir beenden. Die
- 17 Finanzierung von nicht-polizeilichen Meldestellen aus Steuermitteln wollen wir
- 18 einstellen. Die Verfolgung von Straftaten muss ganz in die Hand der Polizei
- 19 übergehen. Staatliche Meldestellen müssen sich künftig ausschließlich auf die
- 20 Verfolgung von eindeutig strafbaren Inhalten beschränken. Offensichtlich nicht
- 21 strafbare Inhalte und Inhalte in der Grauzone sollen nicht weiterverarbeitet werden
- 22 dürfen und müssen sofort aus den Systemen entfernt werden. Daten aus diesen Systemen
- 23 sollen nicht für anderweitige polizeiliche Arbeit genutzt werden dürfen und
- 24 keinesfalls in Analyseprogramme wie Gotham einfließen dürfen.

### Begründung

erfolgt mündlich

# Antrag 408: Weniger Helm, mehr Hirn – liberale Sicherheitspolitik für unsere Stadien

Laufende Nummer: 17

<b>Antragsteller*in:</b>	LV Hamburg, LV Bremen
<b>Status:</b>	eingereicht
<b>Sachgebiet:</b>	4 - Innen, Sport und Recht

Die Versammlung möge beschließen:

1 Fußballstadien sind sicher und werden immer sicherer. Laut polizeilicher Statistik  
2 kommen auf über 25 Millionen Stadionbesuche in der Saison 24/25 in den ersten  
3 drei Ligen gerade einmal 4700 eingeleitete Ermittlungsverfahren, von denen nur  
4 65% tatsächlich in oder um die Stadien entstehen. Ein Minus von fast 20% gegenüber  
5 der Vorsaison. Selbes gilt für die eingesetzten Polizeiarbeitsstunden, die ebenfalls  
6 um knapp 10% gesunken sind. Angesichts dieser Zahlen erstaunt das Engagement, mit  
7 dem einige Innenminister der Länder auf DFB, DFL und Vereine einwirken, die  
8 Sicherheit in Stadien vermeintlich zu erhöhen.

## 9 **Überwachungswahn stoppen, Vorverurteilungen verhindern**

10 Die in der politischen Diskussion befindlichen Maßnahmen sind in keiner Weise  
11 geeignet, die Sicherheit in Stadien tatsächlich zu erhöhen. Vielmehr stellen  
12 sie Fußballfans unter Generalverdacht und verletzen elementare Prinzipien  
13 unseres Rechtsstaates. Wir fordern daher:

### 14 **1. Keine zentrale Stadionverbotskommission**

15 Der Arbeitsweise der auf dem Sicherheitsgipfel geforderten zentralen  
16 Stadionverbotskommission, bei der ein eingeleitetes Ermittlungsverfahren  
17 unabhängig vom Ausgang zum sofortigen deutschlandweiten Stadionverbot führt,  
18 widerspricht grundlegenden Prinzipien unseres Rechtsstaates. Wir lehnen eine solche  
19 Kommission ab und sprechen uns für eine Beibehaltung der momentanen lokalen  
20 Verbotskommissionen aus. Anstatt junge Menschen aus den Stadien auszusperren, sollten  
21 sich Verbände und Politik für rechtsstaatlich verbindliche und pädagogisch wertvolle  
22 Maßnahmen bei tatsächlich vorliegenden Straftaten im Fußballkontext einsetzen.

### 23 **2. Kein verpflichteten personalisierten Eintrittskarten**

24 Im Sinne der Vertragsfreiheit obliegt die Verantwortung, wie man den Missbrauch von  
25 Eintrittskarten umgehen möchte, jedem Verein und Stadionbetreiber selbst.  
26 Einen gesetzlichen Zwang zur Personalisierten Eintrittskarte oder gar eine  
27 verpflichtende Gesichtserkennung von Stadionbesuchern lehnen wir ab.

### 28 **3. Reizgas und Wasserwerfer gehören nicht in Stadien**

29 Beim Einsatz von Reizgas in Fußballstadien werden nach Angaben der Polizei nur  
30 zu etwa einem Drittel tatsächlich Störer getroffen. Es gibt eine hohe Zahl an  
31 verletzten Polizisten, Ordnern und Unbeteiligten. Wir halten den Einsatz von Reizgas  
32 in diesen großen Menschenmengen daher nicht für sinnvoll. Des Weiteren lehnen wir  
33 den Einsatz von Wasserwerfern im Stadion, wie etwa bei der Begegnung Hannover –  
34 Braunschweig im Frühjahr 2025, ab. Eine solche Maßnahme bringt keine zusätzliche  
35 Sicherheit, sondern stiftet vielmehr ein Gefühl der Unsicherheit und des

36 Ausnahmezustands.

37 **Was tatsächlich zu tun ist**

38 Wir teilen die Ansicht, dass hohe Kosten für Polizeieinsätze auf Dauer eine  
39 unbefriedigende Situation für Fußballvereine, Liga und die öffentliche  
40 Hand darstellen. Mit zielgenauen Maßnahmen wollen wir dem entgegenwirken. Wir  
41 fordern daher:

42 **1. Gastverein stellt Ordner für Auswärtsblock**

43 Es kommt immer wieder zu Vorfällen, bei denen gewaltsuchende Menschen, bspw. aus  
44 der lokalen Hooligan- oder Kampfsportszene als Ordner in Gästeblocks eingesetzt  
45 werden. Dies birgt ein großes Eskalationspotential zwischen rivalisierenden Gruppen.  
46 Die Verantwortung für die Betreuung von Gästefans sollte deshalb dem Gastverein  
47 übertragen werden. Ordner des Gastvereins kennen die Fans oft besser, bieten  
48 einen vertrauten Ansprechpartner und haben die Möglichkeit, bekannte Randalierer  
49 bereits im Vorfeld des jeweiligen Spiels zurückzuweisen. Dadurch wird es möglich,  
50 zwischen friedlichen Fans und gewaltbereiten Personen zu differenzieren.

51 **2. Spezialisierte Einheiten raus aus den Stadien**

52 Rund um Fußballspiele kommt es immer wieder zu Beschwerden über  
53 übermäßigen Gewalteininsatz von bestimmten spezialisierten Einheiten der Polizei. Diese  
54 sind für besondere Gefahrensituationen vorgesehen sein und sind somit im Umfeld eines  
55 Fußballspiels zur regulären Begleitung der Fanströme fehl am Platz. Daher fordern wir  
56 den Verzicht auf einen entsprechenden Einsatz von BFE, USK & Co. im Rahmen der  
57 Sicherheitsplanungen von Fußballspielen. Dies spart Kosten und setzt wichtige  
58 Ressourcen bspw. für die Bekämpfung des organisierten Verbrechens frei.

## **Begründung**

Erfolgt mündlich.

## Antrag 409: Wehrpflicht-Stasi? Nein, danke!

Laufende Nummer: 18

Antragsteller*in:	LV Bayern
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	4 - Innen, Sport und Recht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Freizügigkeit der Bürger ist ein zentrales Grundprinzip eines liberalen
- 2 Rechtsstaates. Staatliche Regelungen, die das Verlassen des Landes von einer
- 3 behördlichen Genehmigung abhängig machen, greifen tief in die persönliche
- 4 Lebensgestaltung ein und sind mit diesem Anspruch nicht vereinbar.
- 5
- 6 Eine gesetzliche Regelung, die eine Genehmigungspflicht vorsieht, ist auch dann
- 7 problematisch, wenn sie aktuell faktisch durch eine Dienstvorschrift als erteilt
- 8 gilt. Sie
- 9 bleibt ein Eingriff in Grundrechte und kann jederzeit, durch die Löschung der
- 10 Dienstvorschrift durch das Bundesministeriums der Verteidigung, wieder wirksam
- 11 werden. Ein moderner Rechtsstaat sollte auf solche „Vorratsbeschränkungen“
- 12 verzichten und stattdessen auf klare, verhältnismäßige und tatsächlich erforderliche
- 13 Regelungen setzen.
- 14
- 15 Die Jungen Liberalen fordern daher:
- 16
- 17 Die sofortige Abschaffung jeder Genehmigungspflicht für Auslandsaufenthalte von
- 18 Männern ab einer Dauer von drei Monaten und die ersatzlose Streichung der
- 19 entsprechenden Regelungen im Wehrpflichtgesetz.

### Begründung

Heutzutage ist es für junge Menschen selbstverständlich, längere Zeit im (EU-) Ausland zu verbringen, da dies ein normaler Bestandteil von Ausbildung, Studium und Beruf ist. Diese gewonnene Freiheit einzuschränken und mit bürokratischen Hürden zu versehen, liegt nicht in unserem Interesse.

Zugleich gilt: „Freiheit stirbt immer zentimeterweise“, wie Guido Westerwelle einst sagte. Dementsprechend sollten wir auch kleine oder noch nicht angewandte Eingriffe in unsere Freiheit nicht unterschätzen.

Noch sieht eine Dienstvorschrift des Bundesministeriums der Verteidigung vor, dass Auslandsaufenthalte pauschal genehmigt werden. Allerdings kann eine solche Verwaltungsvorschrift jederzeit ohne parlamentarische Kontrolle geändert oder aufgehoben werden. Somit haben die betroffenen Männer keine Rechtssicherheit, da die Grundlage für den Eingriff bestehen bleibt und jederzeit kurzfristig umgesetzt werden kann.

Des Weiteren wirkt eine solche Genehmigungspflicht abschreckend auf die Bereitschaft junger Menschen, sich mit der Bundeswehr auseinanderzusetzen oder sich freiwillig für den Dienst zu melden.

Für die JuLis ist klar: Die Genehmigungspflicht schafft unnötige Bürokratie, schränkt die Reisefreiheit der Männer Deutschlands ein und fördert eine Negativhaltung gegenüber der Bundeswehr. Sie gehört daher umgehend abgeschafft.

# Antrag 410: Freie Fahrt? Freie Informationen! – Blitzer sind kein Ratespiel

Laufende Nummer: 19

<b>Antragsteller*in:</b>	LV Bayern
<b>Status:</b>	eingereicht
<b>Sachgebiet:</b>	4 - Innen, Sport und Recht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Schrift, Wort und Bild frei zu äußern und zu
- 2 verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten.“,
- 3 besagt Art. 5 im Grundgesetz. Deshalb fordern wir Junge Liberale, dass durch die
- 4 Änderung des § 23 1c der StVO die Verwendung von Blitzer-Apps, technischen Geräten
- 5 sowie das Anzeigen der Blitzer in den Verkehrsapps oder ähnlichen Softwares, welche
- 6 dem Fahrer die Anzeige von Geschwindigkeitsmessungen ermöglichen, legalisiert wird.

## Begründung

Erfolgt mündlich.

## Antrag 411: Lotterie 2.0: Eine längst überfällige Reform

Laufende Nummer: 21

Antragsteller*in:	LV Bayern
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	4 - Innen, Sport und Recht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Dass im Anschluss an die Tagesthemen weiterhin die Lottozahlen verlesen werden, ist  
2 eine der letzten verbliebenen Werbeformen in diesem Nachrichtenformat. Dies  
3 benachteiligt Zweitlotterien und verharmlost das Suchtrisiko von staatlichem  
4 Glücksspiel. Ein solches Vorgehen widerspricht einem verantwortungsvollen  
5 Medienumfeld. Daher fordern wir Jungen Liberalen eine grundlegende Reform des  
6 staatlichen Umgangs mit Lotterien, die insbesondere folgende Punkte umfasst:
- 7 1. Die Verlesung der Lottozahlen soll sowohl aus den Nachrichtenformaten als auch  
8 aus dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk vollständig entfernt werden. Werbung für  
9 Glücksspiel darf nicht im vom Steuerzahler finanzierten Staatsfernsehen  
10 ausgestrahlt werden.
  - 11 2. Zum Schutz von Minderjährigen und suchtgefährdeten Personen soll für Lotto-  
12 Werbung im Fernsehen eine Ausstrahlung erst ab 22 Uhr festgelegt werden. Diese  
13 Beschränkung ist sachlich gerechtfertigt, da staatlich erlaubte Lotterien  
14 bereits über einen strukturellen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen  
15 Lotterieranbietern verfügen.
  - 16 3. Die Lotteriesteuer als reine Fiskalsteuer auf Spieleinsätze soll abgeschafft  
17 werden. Dadurch müssten staatliche Lotterien die bisherigen ca. 20 % Steuern  
18 nicht mehr abführen. Stattdessen könnten künftig bis zu 40 % (statt bislang 20  
19 %) der Einnahmen direkt in das Gemeinwohl fließen – bei gleichbleibender  
20 Gewinnausschüttung. Auch Zweitlotterien erhielten dadurch finanzielle Spielräume  
21 zum Ausbau ihrer Arbeit. Der staatliche Einnahmeverlust ist gut zu  
22 rechtfertigen: Da sich die direkten Investitionen der Lotterien in öffentliche  
23 Projekte verdoppeln, sinken die Ausgaben von Bund und Ländern für diese Bereiche  
24 proportional.
  - 25 4. Die gezogenen Lottozahlen können weiterhin online auf den jeweiligen Webseiten  
26 veröffentlicht werden. Darüber hinaus bestehen zahlreiche weitere Möglichkeiten  
27 der Ergebnisübermittlung, etwa über Newsletter, Apps, Printmedien  
28 (gegebenenfalls kostenpflichtig), Fernseheinblendungen nach 22 Uhr, Automaten  
29 oder andere digitale Lösungen.
  - 30 5. Für alle staatlich erlaubte Lotterien soll eine dauerhafte, umfassende und  
31 gleichwertige Transparenz hinsichtlich ihrer Finanzstrukturen sowie der  
32 Finanzierung öffentlicher Projekte gewährleistet werden. Diese Informationen  
33 müssen für Bürgerinnen und Bürger jederzeit zugänglich sein, sodass die  
34 Umsetzung der Reformen nachvollzogen, überprüft und bewertet werden kann.

### Begründung

Erfolgt mündlich.

## Antrag 412: Lappen weg wegen Drogen? Nur, wenn du auch am Steuer gesessen hast

Laufende Nummer: 28

Antragsteller*in:	LV Bremen
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	4 - Innen, Sport und Recht

Die Versammlung möge beschließen:

1 Die derzeitige Praxis der Fahrerlaubnisentziehung bei Betäubungsmitteldelikten stützt  
2 sich nicht primär auf das Fahren unter Drogeneinfluss (§ 24a StVG), sondern auf das  
3 gefahrenabwehrrechtliche System der Fahreignung (§ 3 StVG i.V.m. § 46 FeV und Anlage  
4 4 FeV).

5 Diese Regelungen führen dazu, dass bereits der einmalige Konsum sogenannter harter  
6 Drogen oder auch Erkenntnisse über gelegentlichen Cannabiskonsum, selbst ohne  
7 Teilnahme am Straßenverkehr, regelmäßig zur Annahme fehlender Fahreignung führen.  
8 Gleiches gilt auch für den bloßen Besitz. Die Fahrerlaubnisentziehung erfolgt damit  
9 präventiv und losgelöst von einer konkreten Gefährdung des Straßenverkehrs.

10 Dies wirft erhebliche Probleme auf:

- 11 • **Verhältnismäßigkeit:** Der Eingriff in die allgemeine Handlungsfreiheit ist  
12 erheblich, da die Fahrerlaubnis für viele Menschen existenzielle Bedeutung hat.  
13 Ohne konkreten Gefahrenbezug fehlt es an einer hinreichenden Rechtfertigung.
- 14 • **Systemwidrigkeit:** Während § 24a StVG ausdrücklich an das Führen eines Fahrzeugs  
15 unter Einfluss anknüpft, ermöglicht das Fahreignungsrecht Sanktionen ohne jeden  
16 Verkehrsbezug.
- 17 • **Rechtsentwicklung:** Die Teillegalisierung von Cannabis zeigt, dass der  
18 Gesetzgeber den bloßen Besitz nicht mehr als per se sozialschädlich einstuft.  
19 Die fahrerlaubnisrechtliche Praxis steht hierzu im Spannungsverhältnis.
- 20 • **Rechtsvergleich:** In Staaten wie den Niederlanden oder Portugal erfolgt keine  
21 automatische fahrerlaubnisrechtliche Sanktion ohne Verkehrsbezug, ohne dass dies  
22 zu messbaren Einbußen der Verkehrssicherheit geführt hat.

23 Daher wollen wir diese Praxis beenden.

24

- 25 1. Die Jungen Liberalen fordern die Abschaffung der automatischen  
26 Führerscheinmaßnahme bei bloßen Besitz- oder Erwerbsdelikten von  
27 Betäubungsmitteln nach dem Betäubungsmittelgesetz, solange kein Bezug zum  
28 Straßenverkehr besteht (insbesondere kein Fahren unter Einfluss oder im  
29 Zusammenhang mit dem Delikt).
- 30 2. Der Führerschein darf nur noch entzogen oder eine MPU angeordnet werden, wenn  
31 konkrete Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass eine Person nicht in der Lage  
32 ist, einKraftfahrzeug sicher zu führen, insbesondere wenn eine Fahrt unter  
33 akutem Drogeneinfluss stattfindet oder ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen  
34 dem BtMG-Delikt und dem Führen eines Kraftfahrzeugs besteht.

- 35 3. Die Jungen Liberalen setzten sich auf dafür ein, dass die gesetzlichen  
36 Grundlagen im StVG und in der FeV dahingehend angepasst werden, dass:  
37 (1) ein fehlender Fahrbezug grundsätzlich gegen die Annahme fehlender  
38 Fahreignung spricht  
39 (2) die Regelungen der Anlage 4 FeV reformiert werden, um eine stärkere  
40 Orientierung am tatsächlichen Gefährdungspotential im Straßenverkehr  
41 sicherzustellen.

## Antrag 413: Streichung des Beschlusses „Beischlaf zwischen Verwandten“

Laufende Nummer: 33

<b>Antragsteller*in:</b>	LV Schleswig-Holstein, LV Niedersachsen
<b>Status:</b>	eingereicht
<b>Sachgebiet:</b>	4 - Innen, Sport und Recht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Jungen Liberalen streichen hiermit ihren Beschluss „Beischlaf zwischen
- 2 Verwandten“ vom 34. Bundeskongress am 23.03.2007.

### Begründung

Erfolgt mündlich

## Antrag 414: Feuerwerk ist kein Verbrechen

Laufende Nummer: 35

<b>Antragsteller*in:</b>	LV Sachsen
<b>Status:</b>	eingereicht
<b>Sachgebiet:</b>	4 - Innen, Sport und Recht

Die Versammlung möge beschließen:

1

Feuerwerk ist ein weltweit verbreitetes Kulturgut, das Menschen seit Jahrhunderten

2

verbindet und begeistert. In Deutschland entwickelte sich seit dem 14. Jahrhundert

3

eine vielfältige Feuerwerkskultur, die an Festtagen, Wettbewerben und ganz klassisch

4

zu Silvester Ausdruck findet.

5 Immer zum Jahreswechsel standen in der letzten Zeit Einschränkungen des privaten

6 Silvesterfeuerwerks im Fokus einer verstärkten gesellschaftlichen Debatte. Jedoch

7 verfügt Deutschland aktuell über eines der strengsten Sprengstoffgesetze weltweit.

8 Aus unserer Sicht wären weitere Einschränkungen dieser Kulturpraxis weder

9 verhältnismäßig noch verfassungsgemäß.

10 Wir Junge Liberale setzen uns aus dem Grundverständnis der Eigenverantwortung

11 konsequent für die Liberalisierung von Feuerwerk ein.

12 Konkret fordern wir:

13 • die ganzjährig freie Verkäuflichkeit von Feuerwerkskörpern der Kategorien F2 &  
14 F3.

15 • die Gestattung der erlaubnisfreien Verwendung von Feuerwerkskörpern der  
16 Kategorien F2 & F3 an allen Tagen im Jahr. Beschränkungen sollen die Nachtruhe  
17 und die unmittelbare Nähe zu spezifischen Orten, wie Krankenhäuser,  
18 Pflegeheime,  
19 Schulen und Kindergärten, darstellen.

20 • die aktuellen Regelungen von Feuerwerkskörpern der Kategorie F4 beizubehalten.

21 In Verbindung dazu wollen wir:

22 • ein konsequentes Vorgehen gegen rechtswidrige Einfuhr, Inverkehrbringen und  
23 Verwenden von Explosivstoffen und Feuerwerkskörpern unter ausreichender  
24 Ausstattung der Kriminalbehörden in Bund und Ländern sowie  
25 grenzüberschreitenden  
26 Kooperationen.

27 • umfassende Präventionsprogramme zu den Risiken illegal in Verkehr gebrachter  
28 Explosivstoffe und Feuerwerkskörper.

# Antrag 415: Bargeld ist Freiheit - Gegen Generalverdacht und Cash-Limits

Laufende Nummer: 36

Antragsteller*in:	LV Sachsen
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	4 - Innen, Sport und Recht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Bargeld ist gelebte Freiheit: Es ermöglicht Privatsphäre, Teilhabe ohne digitale
- 2 Hürden und ist ein robustes Backup bei technischen Ausfällen. Gleichzeitig erleben
- 3 Bürger und Unternehmer zunehmend, dass Bargeldnutzung mit pauschalem Misstrauen,
- 4 Hürden und Nachweispflichten belegt wird.
- 5 In Deutschland müssen Kunden bei Bareinzahlungen über 10.000 € regelmäßig einen
- 6 Herkunftsnachweis erbringen; diese Anforderung geht auf entsprechende
- 7 Aufsichtsvorgaben zurück. Das trifft gerade Menschen, die über Jahre legal Bargeld
- 8 angespart haben (z. B. aus Verkäufen, Schenkungen, Erbschaften), sowie Branchen wie
- 9 Auktionshäuser, Kunst- und Antiquitätenhandel, die traditionell teils bargeldnah
- 10 arbeiten.
- 11 Auch im Nichtfinanzsektor lösen Bargeldgeschäfte ab 10.000 € weitreichende
- 12 geldwäscherechtliche Pflichten aus; im Edelmetallhandel gelten teils deutlich
- 13 niedrigere Schwellen. In der Kunstbranche greifen Sorgfaltspflichten zudem ab
- 14 bestimmten Wertgrenzen teils unabhängig davon, ob bar oder unbar gezahlt wird. Das
- 15 erzeugt erhebliche Bürokratie – ohne dass die Wirksamkeit pauschaler
- 16 Massenvorschriften überzeugend belegt ist.
- 17 Parallel verschärft die EU mit dem neuen AML-Rahmen die Gangart: Vorgesehen ist eine
- 18 EU-weite Bargeldobergrenze von 10.000 € im Geschäftsverkehr (Waren/Dienstleistungen)
- 19 und zusätzliche Identifizierungspflichten bereits im Bereich darunter. Zudem
- 20 bestehen
- 21 Anmeldepflichten bei Barmitteln ab 10.000 € bei Ein-/Ausreise (Drittlandgrenze).
- 22 Liberale Politik muss hier klar sein: Kriminalitätsbekämpfung ja – aber gezielt,
- 23 verhältnismäßig und ohne Generalverdacht. Außerdem gehört zur Freiheit auch die Wahl
- 24 des Zahlungsmittels. Im Euroraum hat nur der Euro den Status als gesetzliches
- 25 Zahlungsmittel; Euro-Banknoten sind das einzige unbeschränkte gesetzliche
- 26 Zahlungsmittel in Deutschland. Gerade Inflation und Kaufkraftverlust wirken wie eine
- 27 verdeckte Belastung – und schaffen Misstrauen in Politik und Institutionen.
- 28 Daher fordern die Jungen Liberalen:
- 29 1. Keine Bargeldobergrenzen und keine faktischen Bargeldverbote.
- 30 Wir setzen uns politisch gegen EU- und Bundesregelungen ein, die
- 31 Bargeldzahlungen im legalen Wirtschaftsleben pauschal deckeln (insb. starre
- 32 10.000-€-Caps), und für einen klaren Grundsatz: *Bargeld ist ein legitimes*
- 33 *Zahlungsmittel – nicht ein Verdachtsmoment.*
- 34 2. Herkunftsnachweise bei Banken deutlich zurückfahren.
- 35 Keine routinemäßigen Belegpflichten für rechtschaffene Bürger bei

- 34 Bareinzahlungen; Herkunftsnachweise nur bei konkreten  
35 Auffälligkeiten/Begründung  
36 (risikobasiert statt pauschal) und mit einer einfachen, bürgerfreundlichen  
37 Eigenerklärung als Regelfall.
- 38 3. Bürokratieabbau im Güter-, Kunst- und Auktionshandel.  
39 Schwellenwerte für Sorgfaltspflichten bei Bargeschäften deutlich anheben und  
Sonderregeln entschlacken (inkl. praxisferner Dokumentationspflichten), damit  
40 Auktionshäuser und Händler nicht zu „Hilfspolizisten“ werden.  
41 Verdachtsmeldungen  
42 bleiben möglich – aber ohne flächendeckenden Generalverdacht.
- 43 4. Barmittel-Mitnahme entkriminalisieren und Grenzen anheben.  
44 Anmeldepflichten bei Grenzübertritten sollen vereinfacht, Schwellen angehoben  
45 und reine Formverstöße ohne Verdachtsmomente entpönalisiert werden.

46

47

48

## Antrag 416: Internet Stasi? Nein, danke!

Laufende Nummer: 40

<b>Antragsteller*in:</b>	KV München (LV Bayern), BV Oberbayern (LV Bayern), BV Schwaben (LV Bayern), KV Augsburg (LV Bayern)
<b>Status:</b>	eingereicht
<b>Sachgebiet:</b>	4 - Innen, Sport und Recht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 **Die Jungen Liberalen stehen für ein freies Internet** als unverzichtbare Grundlage von  
2 Meinungsfreiheit, Selbstbestimmung und pluralistischem Diskurs. Das Internet ist  
3 heute das zentrale Medium, in dem Bürgerinnen und Bürger ihre Grundrechte ausüben –  
4 **doch genau diese Freiheit gerät zunehmend unter Druck.** Unberechtigte  
5 **Hausdurchsuchungen** wegen bloßer Online-Äußerungen und willkürliche **Löschungen** von  
6 Inhalten zeigen, dass der Staat immer öfter direkt in die digitale Meinungsäußerung  
7 eingreift. Problematisch ist hier insbesondere die Anwendung von § 188 StGB. Liberale  
8 dürfen sich in emotional aufgeladenen Debatten um Hass, Hetze oder „Desinformation“  
9 nicht zu voreiligem Aktionismus verleiten lassen. **Statt immer mehr Regulierung und**  
10 **Überwachung brauchen wir ein klares Bekenntnis: Freiheit zuerst.**
- 11 **1. Im Zielkonflikt zwischen Freiheit im Netz und dem Schutz** vor Beleidigungen, Hass  
12 oder sonstigen subjektiven Beeinträchtigungen entscheiden sich die Jungen Liberalen  
13 **im Zweifel immer für die Freiheit.** Der Staat hat nicht die Aufgabe, jeden Bürger vor  
14 Meinungen zu schützen, die anderen missfallen. Meinungsfreiheit endet erst dort, wo  
15 unmittelbare, konkrete Rechtsgutsverletzungen vorliegen nicht bei subjektivem  
16 Unwohlsein.
- 17 **2. Wir lehnen das Konzept von Trusted Flaggern ab.** Jede Einbindung staatlicher  
18 Organisationen in die Content-Moderation, die Plattformen zu vorgelagerten  
19 Zensurinstanzen macht, untergräbt die Rechtsstaatlichkeit und schafft Einfallstore  
20 für einseitige politische Einflussnahme.
- 21 **3. Die Finanzierung politisch einseitiger NGOs und Institutionen** im Bereich Internet-  
22 Regulierung und Content-Moderation **ist einzustellen.** Öffentliche Mittel dürfen nicht  
23 dazu verwendet werden, ideologisch gefärbte Akteure mit staatlicher Macht  
24 auszustatten.
- 25 **4. Wir lehnen staatliche Regulierungen und Stellen,** die auf eine Einschränkung des  
26 freien Internets abzielen, vollständig **ab.** Eine Internet-Ombudsstelle mit Meldungs-  
27 und Eingriffsfunktion lehnen wir ab.
- 28 **5. Wir sagen klares Nein zu Cyber-Patrouillen** und jeglichem staatlichem oder  
29 staatlich gefördertem Monitoring öffentlicher und privater Inhalte. Automatisierte,  
30 vor allem durch KI, oder manuelle „Patrouillen“ im Netz verstoßen gegen liberale  
31 Grundsätze und schaffen einen Überwachungsstaat.
- 32 **6. Wir fordern die strikte Wahrung von Netzneutralität und das Verbot von**  
33 **Uploadfiltern.** Jede Form von staatlich erzwungener Filterung oder Priorisierung von  
34 Inhalten gefährdet das freie Internet und führt zu Overblocking. Ein klares Fair-Use-  
35 Prinzip nach amerikanischem Vorbild muss gelten.
- 36 **7. Jeder hat ein Recht auf starke Ende-zu-Ende-Verschlüsselung** ohne Hintertüren. Der

37 Staat hat kein Recht, die private Kommunikation systematisch lesbar zu machen – weder  
38 durch Gesetze noch durch technische Vorgaben an Anbieter.

39 **8. Wir fordern den Schutz der Anonymität und die Ablehnung jeglicher Klarnamenpflicht**

40 . Die Möglichkeit, anonym oder pseudonym im Netz aufzutreten, ist ein wesentlicher  
41 Bestandteil der Meinungsfreiheit und muss uneingeschränkt erhalten bleiben.

42 **9. Diskriminierung lehnen wir entschieden ab.** Dennoch ist es **nicht Aufgabe des**

43 **Staates**, Algorithmen, KI-Systeme oder Plattformen **auf mögliche Diskriminierung zu**

44 **überwachen** oder mit entsprechenden Regulierungspflichten zu belegen. Der Begriff der

45 Diskriminierung ist definitorisch nicht trennscharf einzugrenzen und kann – auch

46 unbeabsichtigt – zu politisch einseitiger Zensur führen.

47

## **Begründung**

Begründung Erfolgt mündlich.

# Antrag 417: Für einen unabhängigen und rechtsstaatlichen Verfassungsschutz

Laufende Nummer: 42

<b>Antragsteller*in:</b>	BV Ostwestfalen-Lippe (LV Nordrhein-Westfalen)
<b>Status:</b>	eingereicht
<b>Sachgebiet:</b>	4 - Innen, Sport und Recht

Die Versammlung möge beschließen:

1 Der Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gehört zu den zentralen  
2 Aufgaben unseres Rechtsstaates. Das Bundesamt für Verfassungsschutz spielt dabei eine  
3 besonders wichtige Rolle, weil seine Arbeit tief in Bereiche eingreift, die durch  
4 Grundrechte geschützt sind. Deshalb sind politische Neutralität, fachliche  
5 Unabhängigkeit und demokratische Legitimation für diese Behörde von entscheidender  
6 Bedeutung.

7 Die direkte Anbindung des Bundesamtes an das Innenministerium birgt die Gefahr, dass  
8 politische Einflussnahme – sei sie tatsächlich oder nur wahrgenommen – das Vertrauen  
9 in die Behörde untergräbt. Ein Inlandsnachrichtendienst darf weder tatsächlich noch  
10 dem Eindruck nach parteipolitisch gesteuert werden. Die Geschichte des  
11 Verfassungsschutzes zeigt, dass fehlende Transparenz, problematische personelle  
12 Kontinuität aus der Frühzeit der Bundesrepublik sowie der Einsatz von V-Leuten immer  
13 wieder Zweifel an der politischen Neutralität und rechtsstaatlichen Zurückhaltung der  
14 Behörde geweckt haben. Eine moderne Sicherheitsarchitektur muss aus diesen  
15 Erfahrungen lernen und institutionelle Sicherungen stärken. Die Jungen Liberalen  
16 fordern deshalb eine Reform der institutionellen Strukturen des Bundesamtes, um seine  
17 Unabhängigkeit zu stärken und die demokratische Kontrolle zu verbessern.

18 1. Feste Amtszeit für den Präsidenten

19 Der Präsident des Bundesamtes soll weiterhin von der Bundesregierung ernannt werden,  
20 allerdings bedarf die Ernennung zuvor der Zustimmung des Deutschen Bundestages. Die  
21 Amtszeit soll fünf Jahre betragen. Eine Abberufung vor Ablauf der Amtszeit ist nur  
22 unter klar definierten, engen gesetzlichen Voraussetzungen möglich.

23 So wird verhindert, dass Personalentscheidungen kurzfristigen politischen Interessen  
24 unterliegen, und die Kontinuität der Leitung gestärkt.

25 2. Fachliche und institutionelle Unabhängigkeit

26 Der Präsident soll in allen operativen und fachlichen Fragen eigenständig handeln.

27 Die Rechts- und Fachaufsicht des Bundesministeriums beschränkt sich auf strategische  
28 Fragen sowie Haushalts- und Budgetverantwortung. Einzelweisungen, insbesondere zu  
29 laufenden Ermittlungen, Beobachtungen oder Veröffentlichungen, sind ausgeschlossen  
30 und gesetzlich eindeutig zu regeln.

31 3. Keine aktive Einflussnahme durch den Verfassungsschutz!

32 Auch der Einsatz von Vertrauenspersonen zeigt, wie sensibel das Handeln des  
33 Verfassungsschutzes ist. Wen V-Leute aus persönlichen Notlagen heraus angeworben

## Begründung

Erfolgt mündlich

# Antrag 501: Freiheit verteidigt sich nicht von selbst - Bundeswehrbeschaffung stärken!

Laufende Nummer: 34

Antragsteller*in:	LV Rheinland-Pfalz
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	5 - Europa und Internationales

Die Versammlung möge beschließen:

1 Wer bereit ist, unsere Demokratie und unser Land im Ernstfall mit seinem Leben zu  
2 verteidigen, verdient beste Ausrüstung und Arbeitsbedingungen. Unsere Freiheit ist  
3 keine Selbstverständlichkeit. Sie wird bereits heute durch Cyberangriffe und äußere  
4 Bedrohungen ins Visier genommen. Ein handlungsfähiger Staat braucht eine  
5 einsatzbereite Bundeswehr und eine unbürokratische Bundeswehrbeschaffung.

6

7 **Verteidigungsindustrie stärken – strategische Produktionskapazitäten ausbauen.** Um die  
8 Verteidigungsfähigkeit Deutschlands und seiner Partner zu stärken, muss die  
9 Bundesregierung die industrielle Produktion sicherheitsrelevanter Güter, insbesondere  
10 moderner Verteidigungssysteme, deutlich ausweiten. Eine leistungsfähige  
11 Rüstungsindustrie ist Grundvoraussetzung dafür, dass die Bundeswehr einsatzbereit ist  
12 und auch unsere europäischen und transatlantischen Partner zuverlässig unterstützt  
13 werden können. Um Innovationen und den Aufbau von Produktionskapazitäten für die  
14 Unternehmen attraktiv und finanzierbar zu halten, soll die Bundeswehr mehrjährige  
15 umfassende Beschaffungen durchführen, statt die gleichen Produkte im Jahrestakt zu  
16 bestellen. Die Beschaffungsmengen müssen sich an den NATO-Zielen orientieren. Ein  
17 vermehrter Export von Rüstungsgütern an verbündete Staaten trägt nicht nur zur  
18 kollektiven Sicherheit bei, sondern stärkt auch Deutschlands und Europas Wirtschaft  
19 und geopolitischen Handlungsspielraum und die Durchsetzungsfähigkeit unserer  
20 Interessen und Werte in einer zunehmend instabilen Weltordnung. Um eine verlässliche  
21 und planbare industrielle Produktion sicherheitsrelevanter Güter zu ermöglichen,  
22 braucht es effizientere und transparenter strukturierte Genehmigungsverfahren. Ziel  
23 muss es sein, politische und rechtliche Prüfkriterien klar zu definieren,  
24 Entscheidungswege zu verkürzen und die interministerielle Zusammenarbeit zu  
25 verbessern – ohne dabei auf sicherheitspolitische und menschenrechtliche Standards zu  
26 verzichten.

27

## 28 **Europäische Rüstungsbeschaffung und Produktion**

29 Eine eng abgestimmte europäische Rüstungsbeschaffung ist entscheidend, um Effizienz,  
30 Interoperabilität und strategische Unabhängigkeit innerhalb Europas zu stärken. Statt  
31 dass jedes Land eigene, parallele Strukturen und Systeme entwickelt, sollten sich  
32 europäische Partner auf gemeinsame Standards und arbeitsteilige  
33 Produktionsschwerpunkte verständigen. Ein zentraler Schritt dabei ist die Reduzierung  
34 der Vielzahl unterschiedlicher europäischer Waffensysteme. Während die US-Armee auf  
35 eine begrenzte Zahl standardisierter Großsysteme setzt, existieren in den  
36 verschiedenen europäischen Armeen derzeit zahlreiche Varianten ähnlicher Waffentypen

37 parallel. Eine europaweit abgestimmte Konsolidierung der Rüstungsgüter würde nicht  
38 nur Interoperabilität im Einsatz erhöhen, sondern auch erhebliche Einsparungen bei  
39 Wartung, Ausbildung und Logistik ermöglichen. Voraussetzung dafür ist jedoch die  
40 Bereitschaft zu nationalen Zugeständnissen und eine deutliche Reduktion  
41 bürokratischer Hürden auf europäischer Ebene – für eine schlagkräftige, gemeinsame  
42 Sicherheitsarchitektur.

43

#### 44 **25-Millionen-Vorlage abschaffen**

45 Bei allen Bundeswehr-Beschaffungen, die teurer als 25 Millionen Euro sind, muss der  
46 Haushaltsausschuss des Bundestages vorab zustimmen. Das führt zu einem hohen  
47 bürokratischen Aufwand, bindet Kapazitäten in der parlamentarischen Arbeit und  
48 verzögert dringend benötigte Beschaffungen für die Bundeswehr. Die Schwelle wurde  
49 seit ihrer Einführung nicht an die Inflation angepasst und ist in dieser Form  
50 einmalig. Die 25-Millionen-Vorlage muss daher abgeschafft werden. Für eine  
51 handlungsfähige Verteidigung braucht es effizientere Verfahren und mehr Vertrauen in  
52 die Fachressorts.

53

#### 54 **Munitionsreserven**

55 Eine besondere Herausforderung bei der Beschaffung stellt das Vorhalten von  
56 Munitionsreserven dar. Während die Sollmengen durch frühzeitige und langfristige  
57 Beauftragung und Ermöglichung neuer Produktionsstandorte erreicht werden können,  
58 stellen die Lagerkapazitäten eine besondere Herausforderung dar. Die nötige  
59 Infrastruktur ist in Zusammenarbeit zwischen Bund und betroffenen Ländern in  
60 beschleunigten Verfahren zu errichten. Dabei sind, wie beispielsweise bei der  
61 Errichtung von LNG-Terminals 2022, alle baurechtlichen Erleichterungen und Ausnahmen  
62 auszuschöpfen und ggf. auch neue gesetzlich zu ermöglichen.

63

#### 64 **Verteidigung braucht dauerhafte Investitionen**

65 Um verteidigungsfähig zu sein, muss die Bereitschaft und der politische Wille  
66 bestehen, auch große Mengen an Verteidigungsgütern zu finanzieren, selbst wenn diese  
67 eine kurze Haltbarkeit oder schnelle Innovationszyklen aufweisen und daher regelmäßig  
68 ersetzt werden müssen, wie beispielsweise bei Pyrotechnik und Drohnen.

## **Begründung**

erfolgt mündlich

## Antrag 502: Make Verteidigung European Again!

Laufende Nummer: 37

Antragsteller*in:	LV Sachsen
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	5 - Europa und Internationales

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 letzten acht Jahrzehnten nicht mehr. Die liberal geprägte Weltordnung erodiert, die  
2 internationale Gewalt nimmt zu, die Konfliktgefahr steigt mit jedem Tag. Wir als  
3 Europäer müssen uns selbstständig verteidigen können.
- 4 Daher fordern wir:
- 5 • Die Europäische Union soll eine Strategie zur Ausgabe und Durchsetzung eigener  
6 Sicherheitsgarantien erarbeiten. Dazu gehört auch ein Mechanismus, der die  
7 Mitgliedsstaaten an die Durchsetzung europäischer Sicherheitsgarantien bindet.  
8 Die Ausgabe und Durchsetzung von Sicherheitsgarantien für die Ukraine muss das  
9 erste Ziel dieser Bemühungen sein.
  - 10 • Die Europäische Union soll schnellstmöglich die nötigen Kapazitäten und  
11 Fähigkeiten zur Verteidigung Europas im Falle eines amerikanischen Abzugs  
12 ermitteln und einen Plan mit konkreter Zeitschiene aufstellen, der die EU-  
13 Mitgliedsstaaten verpflichtet, diese zu erfüllen.
  - 14 • Die Europäische Union soll eine Nuklearstrategie aufstellen, um fehlende  
15 amerikanische Abschreckungskapazitäten zu kompensieren. Die Bundesrepublik  
16 Deutschland soll sich gegenüber Frankreich für ein Konzept der nuklearen  
17 Teilhabe an den französischen Nuklearfähigkeiten für die EU-Mitgliedsstaaten  
18 einsetzen. In der Frage des nuklearen Schutzschirms soll die EU eng mit  
19 Großbritannien zusammenarbeiten.
  - 20 • Die Europäische Union soll eine gemeinsame Beschaffung von strategic enablern  
21 (wie großen Transportflugzeugen und Marschflugkörpern) organisieren, die bislang  
22 nur von den USA zur Verfügung gestellt wurden.
  - 23 • Die Bundesrepublik Deutschland soll sich im Rahmen der Europäischen Union für  
24 eine Harmonisierung der Rüstungsbeschaffung einsetzen. Diese soll nach den  
25 Zielen erfolgen eine europäische Autarkie bei kritischen Waffensystemen zu  
26 erreichen und die Redundanz von Systemen zwischen den EU-Mitgliedsstaaten zu  
27 minimieren.
  - 28 • Die Europäische Union soll sich um eine Verteidigungscoalition mit europäischen  
29 Staaten, die keine EU-Mitglieder sind, bemühen.
  - 30 • Die Europäische Union soll eine institutionalisierte gemeinsame europäische  
31 Kooperation der Nachrichtendienste etablieren. In diesem Rahmen sollen  
32 nachrichtendienstliche Erkenntnisse, die für die Sicherheit Europas bedeutsam  
33 sind, unter den EU-Mitgliedern ausgetauscht und gebündelt werden. Auf diesem  
34 Bereich soll auch eine enge Zusammenarbeit mit Großbritannien angestrebt werden.
  - 35 • Die Verteidigungsbemühungen der EU-Mitglieder sollen in einer zentralen  
36 Koordinierungsstelle gebündelt und harmonisiert werden.

- 37 Für all diese Forderungen gilt: Sollte die Europäische Union in der Frage der  
38 gemeinsamen Verteidigung nicht handlungsfähig sein, muss die Bundesrepublik  
39 Deutschland eine europäische Coalition of the Willing schmieden, in der obige  
40 Forderungen realisiert werden.

## Antrag 503: Zeitenwende durchziehen – Beteiligung an Coalitions of the Willing ermöglichen

Laufende Nummer: 38

<b>Antragsteller*in:</b>	LV Sachsen
<b>Status:</b>	eingereicht
<b>Sachgebiet:</b>	5 - Europa und Internationales

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Wir Junge Liberale fordern eine Änderung der Grundgesetzartikel 24 und 87a. Ziel
- 2 dieser Überarbeitung soll der Aufbruch verfassungsrechtlicher Beschränkungen für den
- 3 internationalen Einsatz der Bundeswehr sein. So sollen Einsätze im Rahmen sogenannter
- 4 Coalitions of the Willing ermöglicht werden, bei denen die Bundeswehr lageabhängig
- 5 mit verschiedenen internationalen Partnern kooperiert, ohne dass diese sich zwingend
- 6 in einem System kollektiver Sicherheit befinden beziehungsweise von einem solchen
- 7 mandatiert werden müssen. Mit der Grundgesetzänderung wollen wir einer komplexeren
- 8 und instabileren Weltordnung Rechnung tragen und die sicherheitspolitische
- 9 Handlungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland erhöhen. Explizit möchten wir
- 10 hervorheben, dass das Primat des Völkerrechts auch für jeden von der
- 11 Grundgesetzänderung ermöglichten militärischen Einsatz zu gelten hat. Dem soll im
- 12 veränderten Gesetzestext unbedingt Rechnung getragen werden.

## Antrag 504: Deutschland resilient machen. Punkt.

Laufende Nummer: 39

Antragsteller*in:	LV Sachsen
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	5 - Europa und Internationales

Die Versammlung möge beschließen:

1 Deutschland und der europäische Bündnisraum sind heute so stark bedroht, wie in den  
2 letzten acht Jahrzehnten nicht mehr. Die liberal geprägte Weltordnung erodiert, die  
3 internationale Gewalt nimmt zu, die Konfliktgefahr steigt mit jedem Tag. Dabei geht  
4 die drängendste Bedrohung von Russland aus. Längst befinden sich Deutschland und  
5 seine Verbündeten nicht mehr in einem reinen Zustand des Friedens mit der Russischen  
6 Föderation. Sabotageakte und Ausspähversuche an kritischer Infrastruktur und  
7 Sicherheitseinrichtungen, Einfluss- und Desinformationskampagnen zur Destabilisierung  
8 der deutschen Gesellschaft und ihres demokratischen Konsenses, Mordanschläge und die  
9 Nutzung eines breiten Arsenal hybrider Konfliktführung sind an der Tagesordnung. Die  
10 jüngsten Verletzungen des Luftraums in Osteuropa durch russische Flugzeuge und  
11 Drohnen zeigen, dass Russland den Konflikt auf eine neue Stufe gehoben hat.  
12 Deutschland muss unmissverständliche Signale senden – bis hierher und nicht weiter.  
13 Unser Land darf sich nicht länger im Schnecken tempo auf den Ernstfall vorbereiten,  
14 sondern es muss zügig resilient werden. Daher fordern wir einen umfangreichen,  
15 gesamtgesellschaftlichen Ansatz, um das Ruder herumzureißen. Und vor allem eines:  
16 Geschwindigkeit.

17

### 18 **Bevölkerungsschutz**

19 Die Bundesregierung soll Awareness für die Bedrohungslage in der Bevölkerung  
20 schaffen. Dazu soll sie eine Informationskampagne aufsetzen, die Hinweise zur  
21 Vorbereitung sowie zum Verhalten in einem möglichen Spannungs- oder Verteidigungsfall  
22 enthält. Ziel muss es sein jeden Haushalt über digitale und konventionelle Medien zu  
23 erreichen. Als Vorbild kann eine derartige Kampagne der schwedischen Regierung  
24 dienen. Auch im Bereich der Desinformation soll eine Aufklärungskampagne gestartet  
25 werden. Diese soll an den Schulen sowie an Einrichtungen zur Erwachsenenbildung als  
26 fester Bestandteil etabliert werden. Der deutsche Zivilschutz muss kriegstauglich  
27 werden. Hierzu gehört eine umfassende Abdeckung mit Sirenen, flächendeckender Empfang  
28 von Warnungen über Mobilfunkgeräte und die Prüfung geeigneter Schutzräume in  
29 Großstädten sowie die Errichtung neuer Schutzräume wo nötig. Darüber hinaus sollen  
30 die Sicherheitsbehörden und Blaulichtorganisationen auf allen föderalen Ebenen  
31 stärker vernetzt werden und gemeinsame Krisenübungen durchführen. Insbesondere die  
32 Kommunen müssen zum Zivilschutz befähigt und die Verwaltungen entsprechend geschult  
33 werden. Auf allen föderalen Ebenen sollen Krisenszenarien zur nationalen Sicherheit  
34 und entsprechende Reaktionspläne aufgestellt werden. Dabei müssen auch die nicht-  
35 staatlichen Bestandteile kritischer Infrastruktur einbezogen werden.

### 36 **Nachrichtendienste stärken**

37 Im Bereich der Nachrichtendienste spielt Deutschland derzeit eher in der 3.  
38 Bundesliga als in der Champions League. Wir leisten uns die am stärksten  
39 kontrollierten und regulierten Nachrichtendienste der Welt. Dieser Weg ist nicht  
40 zukunftsfähig. Daher fordern wir eine umfassende Deregulierung der Nachrichtendienste  
41 – insbesondere in den Bereichen der Auslandsaufklärung und Spionageabwehr. Der  
42 Handlungsbereich der Dienste soll erweitert werden und eine stärkere operative  
43 Tätigkeit ermöglichen. Als Vorbild für diese Erweiterung sollen Nachrichtendienste in  
44 Demokratien mit langer Tradition, wie Israel, USA, Frankreich oder Großbritannien,  
45 dienen. Auch die Kontroll-Landschaft der deutschen Nachrichtendienste soll  
46 entschieden verschlankt werden. Wir fordern eine Verkleinerung der Vielzahl an  
47 Gremien. Abgesehen von der parlamentarischen Kontrolle und der exekutiven  
48 Fachaufsicht sollen alle weiteren Kontrollbefugnisse im Unabhängigen Kontrollgremium  
49 zusammengefasst werden. Dieses soll als gerichtsähnliches Gremium bis zu einem  
50 gewissen Grad auch die gerichtliche Kontrolle substituieren. Insgesamt soll jede Form  
51 von ex-ante Kontrolle auf ein Mindestmaß zurückgefahren werden. Darüber hinaus sollen  
52 die deutschen Nachrichtendienste personell gestärkt und technisch aufgerüstet werden.  
53 Das gilt insbesondere für die Satellitenaufklärung, um mögliche Schwankungen in der  
54 Hilfsbereitschaft der Vereinigten Staaten von Amerika auszugleichen. Im europäischen  
55 Umfeld soll ein institutionalisierter Austausch nachrichtendienstlicher Informationen  
56 mit Bedeutung für die Landes- und Bündnisverteidigung eingerichtet werden – auch  
57 unter Einbeziehung Großbritanniens und Norwegens. Auf nationaler Ebene soll der im  
58 Aufbau befindliche Nationale Sicherheitsrat so ausgestaltet werden, dass er eine  
59 Bündelung nachrichtendienstlicher Erkenntnisse und eine effektive Koordination der  
60 Dienste ermöglicht.

### 61 **Rüstungsindustrie stärken**

62 Deutschland braucht dringend militärisches Gerät – vom Rucksack bis zur  
63 Panzerhaubitze. Insbesondere vor dem Hintergrund des neuen Wehrdienstes und einer  
64 massiven geplanten Steigerung bei der Anzahl von Soldat:innen und Reservist:innen  
65 muss das nötige Material zügig beschafft werden. Dazu soll es eine direkte  
66 Kooperation zwischen Staat und Rüstungsunternehmen geben, auch unter Aussetzung von  
67 Regelungen des Ausschreibungs- und Kartellrechts. Geschwindigkeit und  
68 Einsatzfähigkeit müssen absoluten Vorrang haben. Darüber hinaus soll die Industrie  
69 finanziell befähigt werden, Reservekapazitäten vorzuhalten, um im  
70 Spannungsbeziehungsweise Verteidigungsfall die Produktion zügig skalieren zu können.  
71 Auch im Bereich der Forschung und Entwicklung müssen die Kapazitäten hochgefahren  
72 werden. Dazu sollen sämtliche Zivilklauseln in der deutschen Hochschullandschaft  
73 abgeschafft werden und der Bund als Bereitsteller für Wagniskapital im Defense Start-  
74 Up Bereich auftreten.

## Antrag 701: Mehr Platz für LKW

Laufende Nummer: 22

<b>Antragsteller*in:</b>	LV Bayern
<b>Status:</b>	eingereicht
<b>Sachgebiet:</b>	7 - Umwelt, Verkehr und Bau

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Jungen Liberalen fordern das BMV (Bundesministerium für Verkehr) auf, den Bedarf
- 2 an zusätzlichen LKW-Stellplätzen an Autobahnraststätten unter wirtschaftlichen
- 3 Gesichtspunkten zu bewerten und den umgehenden Ausbau der notwendigen Kapazitäten in
- 4 die Wege zu leiten.

### Begründung

Der Straßengüterverkehr ist für die Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft unverzichtbar. Gleichzeitig steigt der Anteil des Warenverkehrs, der über die Straße abgewickelt wird, seit Jahren kontinuierlich an. Bereits heute fehlen bundesweit mehrere zehntausend LKW-Stellplätze an Autobahnraststätten.

Die Folgen sind gravierend: LKW-Fahrer müssen häufig in Ausfahrten, auf Seitenstreifen oder in nicht dafür vorgesehenen Flächen parken. Das gefährdet die Verkehrssicherheit, erhöht das Unfallrisiko und verursacht unnötige Belastungen für Anwohner.

Darüber hinaus führt der Mangel an Stellplätzen zu einem massiven Zeit- und Kostenproblem in der Logistikbranche. Die Suche nach Parkplätzen verlängert die Fahrzeiten, erhöht den Stress für Fahrer und erschwert die Einhaltung von Lenk- und Ruhezeiten erheblich. Dies wiederum trägt zur Abwanderung von Fachkräften bei und verschärft den ohnehin bestehenden Fahrermangel.

Ein bedarfsgerechter Ausbau von LKW-Stellplätzen an Autobahnraststätten ist deshalb nicht nur eine Frage der Verkehrssicherheit, sondern auch ein entscheidender wirtschaftlicher Faktor. Das BMV muss daher die Notwendigkeit unter klaren wirtschaftlichen Gesichtspunkten bewerten und schnell handeln, um Engpässe zu beseitigen und den Straßengüterverkehr zukunftsfähig aufzustellen.

## Antrag 702: Artenschutz statt Schaulust - Zoos neu denken

Laufende Nummer: 41

<b>Antragsteller*in:</b>	BV Ostwestfalen-Lippe (LV Nordrhein-Westfalen), BV Münsterland (LV Nordrhein-Westfalen), BV Westfalen-West (LV Nordrhein-Westfalen)
<b>Status:</b>	eingereicht
<b>Sachgebiet:</b>	7 - Umwelt, Verkehr und Bau

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 In Deutschland genießt das öffentliche Ausstellen von Tieren seit Jahrzehnten hohe
- 2 gesellschaftliche Akzeptanz. Geschätzt 300 Zoos existieren alleine in Deutschland.
- 3 Dabei liegt der Hauptfokus dieser Einrichtungen oft auf der kommerziellen
- 4 Unterhaltung der Besucher, wodurch das Wohl der Tiere stark leiden kann. Daher
- 5 fordern wir zur Reform von Zoos:
- 6 •Die gehaltenen Lebewesen benötigen sofort eine artgerechte Behandlung. Durch
- 7 Kosteneinsparungen müssen sie häufig eingeeengt in künstlichen Umgebungen leben. Aus
- 8 diesem Grund wäre eine **Verschärfung der Richtlinien** für die Haltung von Tieren auf
- 9 institutioneller Ebene bedeutend.
- 10 •Der Artenschutz kommt in Zoos zu kurz. Der Zwang zur Unterhaltung führt zu einem
- 11 Leben, das den natürlichen Verhaltensweisen und Instinkten der Tiere widerspricht.
- 12 Dazu haben Programme zur Fortpflanzung zu Inzest und erheblichen Fehlbildungen
- 13 gelenkt. Um dem entgegenzusteuern, sollten **öffentliche Mittel** ausschließlich in
- 14 geprüft **nachhaltige Projekte** fließen.
- 15 •Zoos haben einen untergeordneten pädagogischen Mehrwert. Zwar ermöglichen sie den
- 16 direkten Kontakt mit den Tieren, doch sind sie zumeist aufgrund des imitierten
- 17 Habitats oberflächlich und geben ein falsches Bild über die tatsächlichen
- 18 ökologischen Zusammenhänge. Hierfür kann ein wichtiger Schritt sein, mehr auf
- 19 **alternative Bildungsansätze** denn auf Zoos zu setzen.
- 20 •Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass sogenannte „**Rewilding-Projekte**“, also
- 21 Initiativen, die die Auswilderung bestimmter Tiere in die Natur zu deren
- 22 Rehabilitation fördern, unterstützt werden. Zum Beispiel in Form von speziell
- 23 angelegten und artgerecht eingerichteten Reservoiren, in denen Zirkustiere **wieder in**
- 24 **die Freiheit** entlassen werden.

### Begründung

Erfolgt mündlich

# Antrag 801: Weil Arbeitnehmer uns mehr wert sind – Mindestlohn abschaffen!

Laufende Nummer: 9

<b>Antragsteller*in:</b>	LV Sachsen-Anhalt
<b>Status:</b>	eingereicht
<b>Sachgebiet:</b>	8 - Wirtschaft, Energie und Finanzen

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Jungen Liberalen fordern die ersatzlose Abschaffung des gesetzlichen Mindestlohns
- 2 in allen Bereichen.
- 3 Zudem fordern wir die Abschaffung der EU-Mindestlohnrichtlinie (Richtlinie (EU)
- 4 2022/2041).
- 5 Ebenso wird von uns gefordert, die Mindestlohnkommission aufzulösen und die von
- 6 dieser empfohlene Erhöhung des Mindestlohns in Deutschland politisch-rechtlich nicht
- 7 umzusetzen.

## Begründung

Der gesetzliche Mindestlohn ist ein nicht-zurechtfertigender Eingriff in die Lohnpolitik. Ein flächendeckender Mindestlohn verkennt dabei insbesondere die vielfältigen Realitäten des Arbeitsmarktes und ist ein Hemmungsfaktor. Der Staat hat seinen Eingriff in den Arbeitsmarkt auf notwendige Kernelemente zu minimieren, ein Mindestlohn gehört nicht dazu. In Zeiten, in denen Unternehmen um Arbeitnehmer werben, stellt der gesetzliche Mindestlohn eine Wachstumsbremse dar und gehört damit abgeschafft!

Mitantragssteller: Kreisverband Magdeburg

## Antrag 802: Steuern sind Raub!

Laufende Nummer: 10

<b>Antragsteller*in:</b>	LV Sachsen-Anhalt
<b>Status:</b>	eingereicht
<b>Sachgebiet:</b>	8 - Wirtschaft, Energie und Finanzen

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Jungen Liberalen sprechen sich gegen jegliche, auch zukünftige, Steuererhöhung
- 2 jedweder Steuer sowie gegen die Neu- und Wiedereinführung von Steuern aus.
- 3 Weiterhin fordern die Jungen Liberalen:
- 4 a) Die **vollständige Abschaffung aller kommunaler Bagatellsteuern** wie z.B. der
  - 5 • Vergnügungssteuer,
  - 6 • Hundesteuer,
  - 7 • Zweitwohnsitzsteuer,
  - 8 • Spielautomatensteuer,
  - 9 • Getränkesteuer,
  - 10 • Jagd- und Fischereisteuer,
  - 11 • Schankerlaubnissteuer,
  - 12 • Verpackungssteuer.
- 13 b) Die **vollständige Abschaffung aller Bagatell- und Lenkungssteuern auf Bundes- und**
- 14 **Landesebene**, wie bspw. der
  - 15 • Kaffeesteuer,
  - 16 • Alkoholsteuer,
  - 17 • Tabaksteuer,
  - 18 • Schaumweinsteuer,
  - 19 • Zwischenerzeugnissteuer,
  - 20 • Rennwett- und Lotteriesteuer,
  - 21 • Feuerschutzsteuer,
  - 22 • Biersteuer.
- 23 c) Die **vollständige Abschaffung der Umsatzsteuer**, insbesondere der Umsatzsteuer auf
- 24 alle Lebensmittel. Um dies zu realisieren, fordern wir zudem die Abschaffung der
- 25 Richtlinie 2006/112/EG (Mehrwertsteuer-Systemrichtlinie) der Europäischen Union.
- 26 d) Die **vollständige Abschaffung der Erbschaftssteuer** in Deutschland.
- 27 e) Die **vollständige Abschaffung der Schenkungssteuer** in Deutschland.

### Begründung

**Steuern sind Raub.**

# Antrag 803: Erfolgreiche Start-Ups = erfolgreiche Zukunft

Laufende Nummer: 24

<b>Antragsteller*in:</b>	LV Hamburg, LV Berlin, KV München (LV Bayern), KV Frankfurt (LV Hessen)
<b>Status:</b>	eingereicht
<b>Sachgebiet:</b>	8 - Wirtschaft, Energie und Finanzen

Die Versammlung möge beschließen:

## 1 **I. Vorwort**

2 Der Wirtschaftsstandort Deutschland steht unter enormen Druck: Erdrückende  
3 Bürokratie, mangelnde Digitalisierung, immense Energiekosten sowie eine, sich immer  
4 dramatischer zuspitzende demographische Krise lähmen den Standort. Zeitgleich  
5 belastet der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, der US-amerikanische  
6 Protektionismus und ein zum Auslaufen verurteilt scheinendes Exportmodell die hiesige  
7 Exportwirtschaft. All dies führte allein 2025 zum Abbau von etwa 124.000  
8 Arbeitsplätzen und zwei aufeinanderfolgende Jahre der Rezession.

9 Eines ist daher klar: Deutschland muss sein Erfolgsmodell neu erfinden. Wir sind fest  
10 davon überzeugt, dass vor allem Start-Ups, die durch innovativen Geschäftsmodelle  
11 versuchen die Zukunft unseres Standortes zu ergründen. Es sind gerade diese  
12 Gründerinnen und Gründer, die versuchen, die herausragende Forschung unserer Nation  
13 zu kapitalisieren, Digitalisierung sowie Dekarbonisierung voranzutreiben und so den  
14 Wohlstand der Zukunft für und in Deutschland zu schaffen.

15 Für uns ist die Förderung der Zukunft und mithin von Start-Ups von oberster  
16 Priorität. Die Jungen Liberalen fordern daher:

## 17 **I. Gründen im Turbo-Modus ermöglichen**

18 Gründen ist in Deutschland gegenwärtig mit immensen, hoch-ineffizienten  
19 bürokratischen Hürden verbunden: Bereits eine reguläre Unternehmensgründung nimmt  
20 beispielsweise je nach Rechtsform drei Tage bis acht Wochen, sowie ggf. einen  
21 zusätzlichen Notartermin, in Anspruch. Das jenes einen erheblichen Standortnachteil  
22 darstellt, wird durch einen Blick nach Estland klar: Eine kostengünstige  
23 Unternehmensgründung ist dort binnen 15-30 Minuten digital möglich.

24 Ambitionierte Gründende müssen sich auf die wirtschaftlichen Herausforderungen ihrer  
25 Unternehmen und nicht nutzlose bürokratische Hürden fokussieren können. Wir fordern  
26 daher die Errichtung einer zentralisierten, durch künstliche Intelligenz Unterstützen  
27 und serviceorientierten digitalen Plattform des Bundes, durch die die Erledigung –  
28 nicht der Sache nach Präsenz erfordernde – behördlichen Vorgänge aller föderalen  
29 Ebenen kurzfristig von zu Hause aus möglich macht.

30 Das geschaffene Portal soll ferner sämtliche staatliche Dienstleistungen des  
31 Sozialstaates, Subventionen, Förderprogramme und anderweitige Umverteilungsmaßnahmen  
32 übersichtlich aufgliedern sowie ihre individuellen Zwecke und  
33 Anspruchsvoraussetzungen erläutern.

## 34 **II. Es beginnt bei Menschen und ihren Ideen!**

35 Die Schaffung eines herausragenden Innovationsstandortes fußt nicht auf Politikern

36 oder Paragrafen, sondern auf Menschen, die bereit sind, für die Realisation ihre  
37 Ideen die volle Verantwortung sowie jegliche Risiken zu übernehmen, um jene in  
38 marktfähige Produkte zu verwandeln. Um diese Menschen stärker zu unterstützen und die  
39 Umsetzung ihrer Visionen zu erleichtern, möchten wir folgenden drei Hebeln umlegen:

#### 40 **1. Nationale Gründerkultur errichten**

41 Jede Start-Up-Gründung beginnt durch Visionäre, die bereits für ihre Ideen ein hohes  
42 wirtschaftliches Risiko einzugehen. Einstweilen werden Menschen, welche unerfolgreich  
43 gegründet haben rasch als „gescheitert“ von weiten Teilen der Gesellschaft  
44 stigmatisiert. Es wird so eine zusätzliche gesellschaftliche Hürde erzeugt durch jene das  
45 dynamische Gründen gehemmt wird.

46 Dies muss sich schnellstmögliches ändern! Wir fordern daher

- 47 • eine bundesweite, auf Metropolregionen fokussierte Werbekampagne, die das  
48 Gründen bewirbt, die Möglichkeit des wirtschaftlichen Scheiterns eines Start-Ups  
49 normalisiert sowie auf die Start-Up Hubs aufmerksam macht.
- 50 • eine Befreiung der Einkommensteuer, aus Einkünften, die aus den Start-Ups  
51 herrühren, für die Gründenden binnen der ersten zwei Jahre nach der Gründung, um  
52 der Gründerkultur auch steuerrechtlichen Ausdruck zu verleihen.
- 53 • Dass sämtliche öffentlichen Universitäten dazu verpflichtet werden, bei nicht  
54 wirtschaftsorientierten Studiengängen, eine öffentlich zugängliche Vorlesung  
55 anzubieten, die sich mit dem Gründen von Start-Ups auseinandersetzt und des  
56 hierfür notwendige „Know-How“ vermittelt.
- 57 • Die Erhöhung der steuerlichen Freibeträge für das langfristige Investieren in  
58 Start-Ups, um die Exit-Rahmenbedingungen und mithin den wirtschaftlichen Anreiz  
59 zum Investieren zu stärken.
- 60 • Den INVEST-Zuschuss auszubauen, in dem die Zuschussobergrenze pro Investor  
61 angehoben und die Mindestanzahl an Arbeitnehmern drastisch abgesenkt wirkt.
- 62 • Den Abbau von regulatorischen Hürden bezüglich Investitionen von großen Mengen  
63 an Kapital.
- 64 • Durch die Harmonisierung des geltenden Steuer-, Insolvenz-, Börsen- und  
65 Bankenrechts sowie der Vereinheitlichung von Rechenschaftspflichten innerhalb  
66 der Europäischen Union die Fragmentierung in nationale Kapitalmärkte zu  
67 reduzieren.

#### 68 **2. Start-Up-Factories ausbauen**

69 Start-Up Factories sind branchenspezifische Innovationszentren, die an Universitäten  
70 angebunden sind und jeweils thematische Schwerpunkte innehaben. Ziel der Factories  
71 ist der Aufbau von Gründungs-Ökosystemen, die Gründer, Forschende sowie Investoren  
72 miteinander vernetzen und die Start-Ups bei aufkommenden Herausforderungen  
73 unterstützen. Sie fungieren mithin als „Echo-Chambers“ für Gründende.

74 Häufig mangelt es bei vielversprechenden Start-Ups auf dem deutschen Markt jedoch an  
75 schnell verfügbarem Kapital, welches als notwendige Unterstützung in den  
76 entscheidenden Wachstumsphasen für eine mögliche Skalierung notwendig wird. Gerade in  
77 den frühen Phasen entstehen so Finanzierungslücken, die private Investoren allein bis  
78 dato nicht schließen. Wir fordern daher eine Anschubfinanzierung nach dem Matching-  
79 Fund-Prinzip für Early-Stage-Investitionsfonds an Start-Up-Factories: Private

80 Investitionen werden durch staatliche Mittel ergänzt, sodass kurzfristig ausreichend  
81 Kapital für Wachstum bereitsteht. Die Fonds beteiligen sich an vielversprechenden  
82 Start-Ups und generieren im Erfolgsfall Rückflüsse, die erneut investiert werden  
83 können. Auf diese Weise entsteht ein sich selbst verstärkender Kapitalstock, der  
84 langfristig eine kontinuierliche Finanzierung von Innovation ermöglicht und die  
85 Abhängigkeit von staatlicher Unterstützung schrittweise reduziert.

### 86 **3. Universitäre Patente nutzbar machen**

87 Die deutsche universitäre Forschung ist in Europa und weltweit führend. In Europa  
88 sind zwischen 2020 und 2024 die deutschen Hochschulen der Ursprung von 24,1 % aller  
89 akademischen Patente, die in Europa angemeldet wurden. Insbesondere in den  
90 zukunftsweisenden Bereichen der künstlichen Intelligenz, der Quantentechnologie und  
91 des maschinellen Lernens ist Deutschland führend.

92 Bisher gelingt es jedoch nicht hinreichend diese herausragende deutsche Forschung auf  
93 den Weltmärkten zu kapitalisieren. Ein Grund hierfür ist die zurückhaltende  
94 Lizenzvergabe von Patenten vieler Universitäten an Start-Ups. Während amerikanische  
95 Universitäten bereits seit den 1980iger Jahren erfolgreich Patente kapitalisieren, so  
96 Markt-Innovationen vorantreiben und hierdurch auch selbst finanziell profitieren,  
97 scheitert in Deutschland die wirtschaftliche Kapitalisierung der Forschungspatente zu  
98 häufig. Dies muss sich schnellstmöglich ändern, um von der erstklassigen deutschen  
99 Forschung auch finanziell zu profitieren.

100 Wir fordern, Universitäten schrittweise in Stiftungsmodelle zu überführen. Ziel ist  
101 es, ihre Finanzierung langfristig unabhängiger vom Staat zu machen und stärker auf  
102 eigene Einnahmen zu stützen. Dazu sollen Endowment Funds aufgebaut werden, deren  
103 Kapital unter anderem durch Beteiligungen an Unternehmen wächst, die universitäre  
104 Patente nutzen. Die daraus entstehenden Erträge und Renditen fließen direkt zurück an  
105 die Universitäten und sichern so ihre laufende Finanzierung. Erfolgreiche  
106 Ausgründungen und Lizenzierungen führen damit zu einem stetigen Kapitalzufluss, der  
107 wiederum neue Forschung und Innovation ermöglicht. Ergänzend sollen die Forschenden  
108 finanziell an der wirtschaftlichen Verwertung ihrer Forschung beteiligt werden, um  
109 zusätzliche Anreize für die erfolgreiche Überführung von Wissen in marktfähige  
110 Anwendungen zu schaffen.

### 111 **III. Finanziell Wachstum in Deutschland ermöglichen**

112 Vor allem technologieintensive Start-Ups benötigen zu einem erfolgreichen Scale-Up  
113 oder der Produktentwicklung hohe Summen an Wagniskapital (Venture Capital). Finden  
114 sie keine Geldgeber geraten sie schnell unter existenziellen, finanziellen Druck. Die  
115 Suche nach Geldgebern limitiert sich daher nicht auf bloße nationale Märkte, sondern  
116 veranlasst viele, vor allem erfolgsversprechende, schnell wachsende Start-Ups zum  
117 Abwandern in das Ausland. Während US-Fonds mit offenen Armen auf jene internationalen  
118 Start-Ups warten, scheitert der Erfolg in Deutschland an fehlendem Kapital. Das muss  
119 sich ändern!

#### 120 **1. Private Investitionen lockern**

121 Gemessen ab der Wirtschaftsleistung liegt das Volumen des deutschen Venture-Capital-  
122 Marktes aktuell lediglich im EU-Durchschnitt. In den USA und Großbritannien hingegen  
123 bestehen 3,4 bzw. 2,9-mal so große Märkte. Deutschland muss hier besser werden, um  
124 die „global champions“ von Morgen nicht an das Ausland zu verlieren. Wir fordern

125 daher:

## 126 **2. Staatliche Investitionen vereinfachen**

127 Gemäß der Förderdatenbank des BMWF gibt es in Deutschland über 2.400 verschiedene  
128 staatliche Förderprogramme für Start Ups, bei welchen es sich Großteilig um Zuschüsse  
129 des Bundes, aber auch aus den einzelnen Bundesländern entstammende handelt. Dies  
130 führt zu einer enormen Undurchsichtigkeit für Gründende, erheblichen bürokratischen  
131 Aufwand für Staat und Unternehmen sowie Doppelstrukturen zwischen Bund und Ländern.  
132 Dies muss sich dringend ändern, damit Steuergelder nicht unnötig verschwendet werden  
133 und stattdessen bei den Start Ups ankommen. Der momentane „Förderungsjungel“ führt zu  
134 einer unnachvollziehbaren Förderlandschaft, die Gründenden nicht in einer effizienten  
135 Weise hilft.

136 Wir fordern daher, sämtliche Förderprogramme von Bund und Ländern im Wege einer  
137 gemeinsamen, transparenten Ministerkonferenz zusammenzuführen, um so eine schnelle  
138 Erfassung von bestehende Angebote für Gründende zu ermöglichen, ohne die föderale  
139 Vielfalt grundsätzlich einzuschränken. Ziel muss es sein, dass Gründende innerhalb  
140 weniger Minuten die für sie relevanten Fördermöglichkeiten identifizieren können,  
141 ohne sich durch komplexe Antragsverfahren oder intransparente Zuständigkeiten kämpfen  
142 zu müssen. Hierfür müssen die Antragsprozesse auf ein absolutes Minimum an  
143 notwendigen Angaben reduziert und zwischen den Ländern weitestgehend zu  
144 vereinheitlicht werden. Die Bearbeitung durch die Ämter muss ebenso binnen möglichst  
145 kurzer Zeit erfolgen. Gleichzeitig soll der offene Austausch zwischen den  
146 Bundesländern über erfolgreiche Programme („Best Practices“) institutionalisiert  
147 werden, um voneinander zu lernen und erfolgreiche Modelle schnell zu adaptieren. Die  
148 konkrete Ausgestaltung und Vergabe der Förderungen muss jedoch in der Verantwortung  
149 der Länder verbleiben, um einen produktiven Wettbewerb um die besten Ideen und  
150 effizientesten Lösungen zu ermöglichen. Wir sind der Überzeugung: Nur durch einen  
151 föderalen Wettbewerb können die innovativsten Ansätze entstehen und Deutschland im  
152 internationalen Standortvergleich langfristig an der zukünftigen Spitze bestehen.

## 153 **IV. Bürokratische Einwanderungspolitik als Wachstumsbremse**

154 Der Erfolg von Start-Ups ist häufig von der Geschwindigkeit abhängig, in welchem sie  
155 technische Innovationen in marktfähige Geschäftsmodelle überführen können. Spezielles  
156 „Know-How“ von ausländischen Forschenden und erfahrenen Persönlichkeiten kann hierbei  
157 einen entscheidenden Teil beitragen.

158 Wir fordern daher die Schaffung eines Fast-Tracks für die Zuwanderung von  
159 ausländischen, hochqualifizierten Fachkräften sowie der Absolventen von Top-  
160 Universitäten, um diesen Standortnachteil abzuschaftern.

## **Begründung**

Erfolgt mündlich.

## Antrag 804: Meistermeldungen abschaffen

Laufende Nummer: 27

<b>Antragsteller*in:</b>	LV Bremen
<b>Status:</b>	eingereicht
<b>Sachgebiet:</b>	8 - Wirtschaft, Energie und Finanzen

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Jungen Liberalen fordern die Abschaffung der verpflichtenden Meistermeldungen bei
- 2 den Handwerkskammern. Die Meisterpflicht soll nur dort bestehen bleiben, wo eine
- 3 unmittelbare Gefahr für Leib und Leben besteht (z. B. Elektro- oder Gasinstallation).
  
- 4 Auch in Handwerken wie Augentoptik, Hörakustik und Friseuren ist eine strenge
- 5 Meisterpflicht überholt. Für alle übrigen Gewerke gilt künftig: Freie Berufsausübung
- 6 ohne Pflicht zur Meistermeldung.
  
- 7 Die verpflichtenden Meistermeldungen bremsen Existenzgründungen und erschweren
- 8 insbesondere jungen Menschen den Weg in die Selbstständigkeit. Bereits vor Aufnahme
- 9 einer Tätigkeit müssen Betriebe unnötige Formalitäten erfüllen.
  
- 10 Durch die Abschaffung erreichen wir:
- 11 • Bürokratieabbau
- 12 • Chancengerechtigkeit für Gründer
- 13 • mehr Innovation und Wettbewerb im Handwerk
- 14 Das Handwerk braucht weniger Hürden – und mehr Freiheit.

# Antrag 805: Einfach, niedrig und gerecht - Staatsquote senken und Flat Tax einführen!

Laufende Nummer: 29

<b>Antragsteller*in:</b>	LV Nordrhein-Westfalen, LV Hessen
<b>Status:</b>	eingereicht
<b>Sachgebiet:</b>	8 - Wirtschaft, Energie und Finanzen

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Leistung muss sich in allen Lebenslagen und für alle Einkommensstufen lohnen. Es ist
- 2 eine Frage der Gerechtigkeit, die leistungsbereite Mitte unseres Landes zu entlasten,
- 3 Leistungsanreize zu setzen und Bürokratie radikal abzubauen. Der wesentliche Hebel,
- 4 damit dieses Ziel erreicht wird, ist neben einer Senkung der
- 5 Sozialversicherungsabgaben die Gestaltung eines Steuersystems, das Mehrarbeit,
- 6 Verantwortungsübernahme und Weiterqualifizierung stets belohnt. Mit einer
- 7 Gesamtstaatsquote von rund 50 % und einer ungerecht steilen Progressionskurve im
- 8 mittleren Tarifbereich der Einkommensteuer, setzt der deutsche Staat gegenwärtig
- 9 Fehlanreize. Unser Ziel als Liberale ist deshalb eine perspektivische Absenkung der
- 10 Staatsquote auf 33% durch die Verschlinkung des Sozial- und Verwaltungsstaats in
- 11 allen Bereichen und auf allen Ebenen. Zentral für den gesellschaftlichen Rückhalt der
- 12 notwendigen Reformen ist das gleichzeitige Organisieren einer steuerlichen Entlastung
- 13 und eines einfachen, verständlichen Steuersystems. Im Kontext dieses Zielbildes
- 14 fordern wir deshalb die Einführung eines flachen Einkommensteuertarifs (Flat Tax) mit
- 15 einem jährlichen Steuerfreibetrag von 18.000€, der zukünftig automatisch jährlich der
- 16 Inflation entsprechend angehoben werden soll. Im Gegenzug sind Steuervergünstigungen
- 17 und steuerliche Ausnahmetatbestände weitestgehend abzuschaffen.
- 18 Kurzfristig wird ein aufkommensneutraler, flacher Steuersatz in diesem System im
- 19 Bereich 20 - 25 % liegen und ist unter Berücksichtigung der zu erwartenden
- 20 Einsparungen durch die starke Vereinfachung des Steuersystems zu bemessen.
- 21 Einhergehend mit der oben genannten Senkung der Staatsausgaben kann der Steuersatz
- 22 perspektivisch auf höchstens 20 % (Ziel-Steuersatz) begrenzt werden. Bereits bei
- 23 Einführung der Flat Tax ist ein verbindlicher mehrjähriger Abbaupfad mit jährlichen
- 24 Steuersenkungen festzuschreiben, der vom aufkommensneutralen Einführungs-Steuersatz
- 25 zum Ziel-Steuersatz führt. Diese jährlichen Steuersenkungen (Reformdividenden)
- 26 schaffen für die Steuerpflichtigen Planungssicherheit und erhöhen für den Staat den
- 27 Anpassungsdruck. Gleichzeitig erhöhen sie den Rückhalt für Reformen.

## Begründung

erfolgt mündlich

## Antrag 806: Ab in den Süden – Fliegen muss wieder bezahlbar werden!

Laufende Nummer: 30

<b>Antragsteller*in:</b>	LV Nordrhein-Westfalen, LV Niedersachsen, LV Hessen
<b>Status:</b>	eingereicht
<b>Sachgebiet:</b>	8 - Wirtschaft, Energie und Finanzen

Die Versammlung möge beschließen:

1 Zu den größten Freiheitseingriffen der Coronapolitik in das Leben junger Menschen  
2 gehörten die Beschränkungen der Reisefreiheit. Reisen im In- und insbesondere ins  
3 Ausland waren zeitweise praktisch unmöglich oder mit großer  
4 Planungsunsicherheit verbunden. Dabei ist gerade die Zeit nach der Schule, vor oder  
5 in den ersten Jahren nach dem Berufseintritt, eine Zeit, in der junge Menschen die  
6 Welt kennenlernen können - ob im Work and Travel, dem Auslandssemester oder einfach  
7 im Urlaub. Das beliebteste Reiseverkehrsmittel ist dabei nach wie vor das Flugzeug  
8 und neben dieser Funktion stellt der Luftverkehr auch einen wichtigen  
9 Wirtschaftsfaktor für die jeweiligen Flughafenregionen und den Standort Deutschland  
10 insgesamt dar. Allein an Deutschlands passagierreichstem Verkehrsflughafen Frankfurt  
11 hängen direkt und indirekt 81.000 Arbeitsplätze, in Düsseldorf sind es 56.000, in  
12 Hannover rund 30.000. Doch in den letzten Jahren sind die operativen Kosten für das  
13 Fliegen von und nach Deutschland konstant gestiegen. Der Grund dafür sind im  
14 Wesentlichen staatliche Standortkosten, die sich in den letzten Jahren stark erhöht  
15 haben und mittlerweile bei bis zu 4.700€ für einen normalen Mittelstreckenflug  
16 liegen. Mobilität bedeutet für uns Junge Liberale gelebte Freiheit. Dass Fliegen  
17 durch fairen Wettbewerb und einen Abbau regulatorischer Hürden bezahlbar wird, ist  
18 uns deshalb ein wichtiges Anliegen. Die folgenden Maßnahmen müssen dafür ergriffen  
19 werden:

- 20 1. Die Luftverkehrsteuer wurde im Mai 2024 (je nach Distanz des Fluges) um bis zu  
21 24,4 % erhöht. Eine überzeugende Begründung für die Existenz einer eigenen  
22 Luftverkehrsteuer ist nicht erkennbar, zumal der innereuropäische Luftverkehr  
23 bereits in den europäischen Emissionshandel integriert ist und ab 2026 die  
24 kostenlose Zertifikatszuteilung vollständig wegfällt. Die Luftverkehrsteuer in  
25 Deutschland muss deshalb ersatzlos abgeschafft werden. Die Bepreisung über den  
26 Emissionshandel ist nach unserer Überzeugung ohnehin der effizientere Weg  
27 Anreize für die Entwicklung emissionsarmer Flugzeuge zu schaffen. Aus diesem  
28 Grund soll sich Deutschland in der ICAO für den Umbau des  
29 Emissionsausgleichssystems CORSIA zu einem echten internationalen  
30 Emissionshandel für den Luftverkehr einsetzen. Doppelbelastungen mit bestehenden  
31 nationalen Handelssystemen sind dabei auszuschließen.
- 32 2. Die Luftsicherheitsgebühr wird von den Flughäfen für die  
33 jeweiligen Luftsicherheitsbehörden erhoben und in der Praxis auf den  
34 Ticketpreis aufgeschlagen. Sie soll die Kosten der Sicherheitskontrollen von  
35 Passagieren und Gepäck abdecken. Statt systemseitige Ineffizienzen zu beheben  
36 und moderne Technologien zur Senkung der Kosten von Sicherheitskontrollen  
37 einzusetzen, wird die Obergrenze dieser Gebühr gegenwärtig in zwei Schritten von

- 38 10€ (vor 2025) auf 20€ (ab 2028) erhöht. Bei der Abwehr von Gefahren im (Luft-  
39 )Verkehr handelt es sich um eine hoheitliche Aufgabe, die bereits durch  
40 Steuereinnahmen finanziert wird. Die Luftsicherheitsgebühr sollte deshalb  
41 weitgehend entfallen. Gleichzeitig muss auch eine hinreichende Ausstattung der  
42 Flugsicherung aus öffentlichen Mitteln sichergestellt werden, damit etwaige  
43 Finanzlücken der Deutschen Flugsicherung (DFS) nicht durch ständige Erhöhungen  
44 der Flugsicherungsgebühr für die Passagiere ausgeglichen werden müssen.
- 45 3. Wettbewerb schafft bessere Angebote und günstigere Preise. Wir setzen uns  
46 deshalb dafür ein, das bestehende System zur Vergabe der Start- und  
47 Landezeitfenster (Slots) an stark ausgelasteten Flughäfen durch die Einführung  
48 eines regulierten Slot-Handels und die Bildung einer Wettbewerbsreserve zu  
49 reformieren. Es soll ein transparentes, digital betriebenes Handelsregister  
50 geschaffen werden, das den legalen Verkauf, die Vermietung und den Tausch von  
51 Start- und Landeslots zwischen den Airlines ermöglicht; gleichzeitig sind  
52 mindestens 10% der verfügbaren Spitzenzeitfenster als Wettbewerbsreserve für  
53 Neueinsteiger vorzuhalten. Die Reform soll in Rücksprache mit den europäischen  
54 Behörden in einer befristeten Pilotphase an ausgewählten deutschen Flughäfen  
55 getestet werden.
- 56 4. Flughäfen brauchen Raum und gute Rahmenbedingungen, um sich entwickeln zu  
57 können. Der technologische Fortschritt in der Flugzeugentwicklung trägt zur  
58 Lärmreduktion bei. In der Europäischen Union sollen bis 2050 die Lärmemissionen  
59 von Flugzeugen um 65 % gegenüber dem Jahr 2000 sinken. Wenn diese Ziele erreicht  
60 werden, können sukzessive auch bestehende Nachtflugverbote in Frage gestellt  
61 werden. Auch kleinere Flughäfen tragen zur wirtschaftlichen Anbindung ihrer  
62 Region und als Ausbildungsflughäfen zur Nachwuchssicherung bei. Ihr Fortbetrieb  
63 muss im Rahmen von Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen gesichert werden. Auch bei  
64 der Gestaltung und Nutzung des SPNV-Netzes sind kleinere Flughäfen angemessen zu  
65 berücksichtigen und anzubinden.
- 66 5. Der internationale Luftverkehr muss weiter liberalisiert werden, um Wettbewerb  
67 zu stärken und ineffiziente Strukturen abzubauen. Wir fordern die  
68 Bundesregierung auf, sich auf Ebene der Internationalen  
69 Zivilluftfahrtorganisation (ICAO) für die Aufhebung des Kabotagevorbehalts gemäß  
70 des Chicagoer Abkommens einzusetzen. Dieser untersagt bislang ausländischen  
71 Luftfahrtunternehmen die Durchführung von Inlandsflügen innerhalb eines Staates  
72 und stellt damit eine erhebliche Markteintrittsbarriere dar – selbst zwischen  
73 eng verbundenen Wirtschaftsräumen wie dem transatlantischen Luftverkehr. Die  
74 Folge sind ineffiziente Strukturen wie Leerflüge („Empty Legs“), die sowohl  
75 ökonomisch als auch ökologisch nachteilig sind. Im Zuge dessen ist § 23  
76 Luftverkehrsgesetz zu streichen, sowie auf die Abschaffung entsprechender  
77 Regelungen in bilateralen Luftverkehrsabkommen hinzuwirken. Nach Aufhebung des  
78 Kabotageverbots muss sichergestellt werden, dass in Deutschland und der EU  
79 tätige Unternehmen hiesige arbeitsrechtliche Standards einhalten, um  
80 Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden.
- 81 6. Verkehrslandeplätze und Flugplätze sind ein wichtiger Teil regionaler  
82 Wirtschaft. Es braucht baurechtliche Erleichterungen für bestehende Flugplätze.  
83 Genehmigungsprozesse bei der DFS für IFR-Verfahren sollen vereinfacht werden und

- 84 Kleinflugplätze ohne Kontrollzone sollen leichtere Verfahren nutzen dürfen. Für  
85 benachbarte Flugplätze sollen gemeinsame Kostenmodelle, wie z.B. Shared-  
86 Procedure-Modelle ermöglicht werden.

## **Begründung**

erfolgt mündlich

# Antrag 807: Mehr Milei Zuhause - Enterprise Zone für Deutschland

Laufende Nummer: 43

<b>Antragsteller*in:</b>	BV Ostwestfalen-Lippe (LV Nordrhein-Westfalen)
<b>Status:</b>	eingereicht
<b>Sachgebiet:</b>	8 - Wirtschaft, Energie und Finanzen

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die wirtschaftliche Geschichte der Bundesrepublik Deutschland war lange eine
- 2 Erfolgsgeschichte, doch diese Erzählung gerät zunehmend ins Wanken. In den letzten
- 3 Jahren haben immer mehr konkurrierende Staaten gezielt daran gearbeitet, uns unsere
- 4 wirtschaftliche Vormachtstellung streitig zu machen – mit wachsendem Erfolg.
- 5 Unternehmen verlagern Standorte ins Ausland, Investitionen stagnieren und die
- 6 Wettbewerbsfähigkeit schwindet.
- 7 Es ist eine Illusion zu glauben, dass Unternehmen automatisch in Deutschland bleiben
- 8 werden. Um international konkurrenzfähig zu bleiben, braucht es mutige Schritte.
- 9 Enterprise Zones können Kommunen die Möglichkeit geben, wirtschaftliche Impulse zu
- 10 setzen, Bürokratie abzubauen und Innovation zu fördern. Deutschland muss hierfür
- 11 einen bundesrechtlichen Rahmen schaffen.
- 12 Die Jungen Liberalen beschließen daher, sich auf Bundesebene für die Einführung von
- 13 Enterprise Zones (Sonderwirtschaftszonen nach britischem Vorbild) einzusetzen und
- 14 Kommunen die Möglichkeit zu geben, diese eigenständig und unbürokratisch einzuführen.
- 15 Diese Zonen sollen:
- 16 1. Unbürokratisch und schnell umsetzbar sein und steuerliche, rechtliche,
- 17 bürokratische sowie arbeitsrechtliche Hürden abbauen.
- 18 2. Wahlfreiheit bei der Gewerbesteuer gewähren, sodass Kommunen selbst über die Höhe
- 19 der Gewerbesteuer in diesen Zonen entscheiden können.
- 20 3. Verkauf von Infrastruktur an Unternehmen ermöglichen, um Eigenfinanzierung und
- 21 Effizienzsteigerung zu fördern.
- 22 4. Vereinfachte Genehmigungsverfahren innerhalb der Zonen sicherstellen, um
- 23 Investitionsstaus zu lösen.
- 24 5. Zusammenschlüsse von Sonderwirtschaftszonen erlauben, um wirtschaftlich
- 25 schlagkräftige Regionen zu schaffen.
- 26 6. Best-Practice-Beispiele für Arbeitsmarkt- und Bürokatierformen hervorbringen,
- 27 die bei Erfolg auf nationaler Ebene übernommen werden können. Die Enterprise Zones
- 28 sollen nicht nur als wirtschaftliche Motoren dienen, sondern auch als Labore für
- 29 Reformen im Arbeitsmarkt und im Bürokratieabbau. Die dort gewonnenen Erfahrungen
- 30 können als Vorbilder für eine bundesweite Modernisierung dienen.

## Begründung

Erfolgt mündlich

## Antrag 901: Unvereinbarkeit mit Team Freiheit

Laufende Nummer: 7

<b>Antragsteller*in:</b>	LV Thüringen
<b>Status:</b>	eingereicht
<b>Sachgebiet:</b>	9 - Internes, FDP und Grundsätzliches

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Für uns Junge Liberale steht es außer Frage, dass eine Partei wie Team-
- 2 Freiheit mit der Gründungsgeschichte und der personellen Nähe zu ehemaligen AfD-
- 3 Vertretern einen gesamtheitlichen Liberalismus nicht abbilden kann. Im Gegenteil
- 4 schadet diese Partei ebenso wie der Verein dem Liberalismus und steht für eine
- 5 überholte Gesellschaftspolitik und für eine Abkehr der sozialen Marktwirtschaft.
- 6 Die Ausrichtung von Team-Freiheit ist daher gegensätzlich zu den Grundüberzeugungen
- 7 der Jungen Liberalen, weshalb es für uns nach wie vor eindeutig ist, dass nur die
- 8 Freien Demokraten für den organisierten Liberalismus stehen.
- 9 Eine Mitgliedschaft in der Partei oder dem Verein Team-Freiheit ist daher für uns
- 10 ausgeschlossen und unvereinbar mit einer Mitgliedschaft bei den Jungen Liberalen und
- 11 führt zum Ausschluss.

### Begründung

mündlich

# Antrag G001: Elektronische Abstimmungen bei Personenwahlen ermöglichen

Laufende Nummer: 2

<b>Antragsteller*in:</b>	Bundесvorstand
<b>Status:</b>	eingereicht
<b>Sachgebiet:</b>	S - Satzung, Geschäftsordnung und Schiedsordnung

Die Versammlung möge beschließen:

1 § 24 der Geschäftsordnung wird wie folgt gefasst (**Änderungen hervorgehoben**):

2

Der Kongress kann zu Beginn entscheiden,

**offene**

Abstimmungen

**und Wahlen**

mittels

3

elektronischer Stimmgeräte oder elektronischer Abstimmungsmöglichkeiten

4

durchzuführen. Dies setzt voraus, dass elektronische Stimmgeräte bzw. elektronische

5

Abstimmungsmöglichkeiten und Auszählungsverfahren vorher die technisch notwendigen

6

Voraussetzungen erfüllen, um Manipulierbarkeit nach dem Stand der Technik

7

ausschließen zu können.

## **Begründung**

Erfolgt mündlich.

# Antrag GO02: Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung (Kumulieren im AMV ermöglichen)

Laufende Nummer: 5

<b>Antragsteller*in:</b>	LV Nordrhein-Westfalen, LV Niedersachsen, LV Bayern, LV Baden-Württemberg, LV Hessen, Leonard Kern-Wagner (LV Nordrhein-Westfalen), Frederik Bottermann (LV Nordrhein-Westfalen), Julia Hehl (LV Mecklenburg-Vorpommern), Eddie Friedrich (LV Sachsen), Xaver-Pascal Möller (LV Thüringen)
<b>Status:</b>	eingereicht
<b>Sachgebiet:</b>	S - Satzung, Geschäftsordnung und Schiedsordnung

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 § 7a Abs. 1 der Geschäftsordnung für Bundeskongresse wird wie folgt gefasst (  
2 **Änderungshervorgehoben**):
- 3 *(1) Der Bundesvorstand kann beschließen, dass die Antragsreihenfolge durch alle  
4 Mitglieder mittels eines elektronischen Wahlverfahrens festgelegt wird. Dazu richtet  
5 der Bundesvorstand ein Abstimmungsformular ein, das die Kontrolle der  
6 Stimmberechtigung und die Anonymität des Wahlverfahrens gewährleistet. Über dieses  
7 Formular erhält jedes Mitglied die Möglichkeit, eine **begrenzte** Anzahl an Anträgen zu  
8 markieren, wobei mehrere Markierungen pro Antrag zulässig sein können. Die Zahl der  
9 insgesamt und pro Antrag möglichen Markierungen legt der Bundesvorstand vorab fest.  
10 Die Anträge werden entsprechend der Anzahl der für sie abgegebenen Stimmen beraten,  
11 wobei der Antrag mit den meisten Stimmen als erster beraten wird. Bei  
12 Stimmgleichheit entscheidet die Reihenfolge des Antragseingangs. Der Wahlgang  
13 dauert mindestens 5 Tage. Das Verfahren muss mindestens 5 Tage vor Kongressbeginn  
14 beendet werden.*

## Begründung

Das Alex-Müller-Verfahren (AMV) beteiligt in seiner aktuellen Form alle Mitglieder der Jungen Liberalen im Vorfeld an der Entscheidung, in welcher Reihenfolge und folglich welche Anträge überhaupt auf Bundeskongressen beraten werden können. Die Auswahl der Antragsreihenfolge hat enormen Einfluss auf die programmatische Arbeit der Kongresse und damit auch auf ihre Ergebnisse. Es ist deshalb sinnvoll, das AMV stets weiterzuentwickeln und den Teilnehmern mehr Flexibilität bei der Auswahl von Anträgen zu geben. Die Einführung kumulierter Stimmabgabe (also der Abgabe mehrerer Stimmen auf denselben Antrag) ermöglicht den Teilnehmern des AMV Schwerpunkte zu setzen und räumt Antragstellern die strategische Option ein, durch Fokussierung ihre Anträge im Wettbewerb vorteilhaft zu platzieren. Wir versprechen uns davon eine größere thematische Varianz der vorderen AMV-Plätze und einen besseren Wettbewerb um Aufmerksamkeit im Verfahren.

Gegenwärtig schließt die Geschäftsordnung das Kumulieren im AMV explizit aus. Das wollen wir ändern. Über die Ausrichtung eines AMV entscheidet der Bundesvorstand. Aus Gründen der Konsistenz erscheint es sinnvoll, dem Bundesvorstand vor diesem Hintergrund auch die Entscheidung über die genaue Ausgestaltung (bspw. die Grenzen des Kumulierens) zu übertragen.

# Antrag L01: Eine Zeitenwende in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung

Laufende Nummer: 6

Antragsteller*in:	Bundесvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Die Versammlung möge beschließen:

1 Unser Gesundheits- und Pflegesystem steht vor gravierenden strukturellen und  
2 finanziellen Herausforderungen. Schon heute ist das Umlagesystem der gesetzlichen  
3 Krankenversicherung (GKV) aufgrund einer deutlichen Finanzierungslücke nur durch  
4 massive Steuerzuschüsse finanzierbar. Diese im Wesentlichen über Schulden  
5 finanzierten Zuschüsse belasten zukünftige Generationen durch die notwendigen  
6 Tilgungen und die Zinszahlungen nachhaltig. Eine weitere Dynamisierung der  
7 Bundeszuschüsse oder eine weitere Beitragserhöhung zu Lasten der nächsten  
8 Generationen wäre unverantwortlich und unsolidarisch. Auch die soziale  
9 Pflegeversicherung (SPV) hat den Kipppunkt bereits deutlich überschritten und wird  
10 aktuell nur mit Darlehen aus Bundesmitteln über Wasser gehalten. Konkret bewegen sich  
11 die gesetzliche Krankenversicherung und die soziale Pflegeversicherung auf einen  
12 Kipppunkt zu. Durch eine steigende Lebenserwartung, eine wachsende Zahl chronisch  
13 Kranker und immer mehr Pflegebedürftige stößt die Umlagefinanzierung an ihre Grenzen.  
14 Ohne zeitnahe Reformen wird die junge Generation die Hauptlast eines Systems tragen,  
15 dessen demografische Basis erodiert und dessen Strukturen durch immer neue  
16 Leistungsversprechen ausgeweitet worden sind, ohne dass eine entsprechende  
17 Finanzierung geschaffen wurde. Aus dem Verständnis heraus, dass unsere Loyalität den  
18 jungen Leistungsträgern dieser Gesellschaft gilt, müssen wir dies ändern. Eine  
19 grundlegende Reform Agenda für eine generationengerechte Ausgestaltung der  
20 Versicherungssysteme ist überfällig. Wir Jungen Liberalen wollen ein System schaffen,  
21 das nachhaltig in der Finanzierung und gleichzeitig effizient in der Versorgung ist.  
22 Es soll die Wahlfreiheit und Eigenverantwortung in den Mittelpunkt rücken sowie  
23 gezielt auf Wettbewerb und Anreize setzen. Um dieses Ziel zu erreichen, sind sowohl  
24 kurzfristige Stabilisierungsschritte als auch grundlegende strukturelle  
25 Reformen notwendig.

## 26 **Reform der GKV**

27 Angesichts der defizitären Finanzsituation der GKV müssen zur Stabilisierung  
28 kurzfristig Maßnahmen vor allem auf der Ausgabenseite zur Finanzstabilisierung  
29 ergriffen werden. Die Verhinderung von Mehrbelastung muss hohe Priorität haben,  
30 sodass die Einzelmaßnahmen in einem Umfang vollzogen werden müssen, der allgemeine  
31 Beitragssteigerungen verhindert und ab 2030 die Beitragshöhe auf einen Pfad der  
32 Absenkungen bringen kann.

33 Konkret fordern wir:

- 34 • Die Abschaffung der Versicherungspflichtgrenze, sodass die Angebote von PKV und  
35 GKV in einen offenen Wettbewerb treten können. Versicherungsnehmer sollen frei  
36 zwischen den Angeboten GKV und PKV wählen können. Kontrahierungszwänge und

37 unflexible Zwangsmitgliedschaften je nach Berufsform, Sozialversicherungstatus  
38 oder Alter sind unverzüglich abzuschaffen.

39 • die Abschaffung der kostenlosen Partnermitversicherung bei Ehepaaren mit nur  
40 einem Erwerbstätigen. Die kostenlose Mitversicherung von Kindern soll hingegen  
41 innerhalb der GKV erhalten bleiben und aus Steuermitteln durch den Bund  
42 getragen  
43 werden.

44 • die Eigenverantwortung der Versicherten durch mehr Selbstbeteiligung  
45 auszuweiten. Hierfür wollen wir die heute geltende Belastungsobergrenze für  
46 Selbstbeteiligungen von 2 % auf 5 % der jährlichen Bruttoeinnahmen anheben,  
47 wobei Vorsorgeleistungen davon ausgenommen sein sollen. Die  
48 Belastungsobergrenze  
49 für chronisch Kranke soll maßvoll von 1% auf 2% angehoben werden. In diesem  
50 Zuge  
51 erachten wir eine Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze für angemessen. Damit  
52 die Anzahl unnötiger, sowie nicht wahrgenommener Arztbesuche reduziert wird,  
53 soll es wieder eine Praxisgebühr geben, sowie eine No-Show-Gebühr. Jedoch soll  
54 die Erhebung nicht wie früher in den Arztpraxen, sondern bürokratiearm durch  
55 die  
56 Krankenkassen stattfinden.

57 • versicherungsfremde Leistungen vollständig aus der Beitragsfinanzierung zu  
58 entfernen. Zudem soll der Bund die entstehenden Ausgaben für die  
59 gesundheitliche  
60 Versorgung von Bürgergeldbeziehenden und für die erhöhten besonderen  
61 pandemiebedingten Auslagen an die GKV vollständig erstatten.

62 • ausschließlich evidenzbasierte Leistungen aus Beitragsmitteln zu finanzieren.  
63 Dies soll auch für Satzungsleistungen gelten. Beitragsmittel für Leistungen,  
64 wie  
65 Homöopathie, sind auszuschließen.

66 Neben diesen kurzfristigen Maßnahmen braucht es grundlegende Strukturreformen des  
67 Krankenversicherungssystems. Ziel ist ein System, in dem Wettbewerb  
68 zwischen Versicherern Effizienz und Innovationen fördert und gleichzeitig eine  
69 verlässliche Grundversorgung für alle gewährleistet bleibt. Wir wollen, dass die  
70 Krankenkassen untereinander in einen Wettbewerb um die beste medizinische Versorgung  
71 treten können, um so viele Innovationen wie möglich anzubieten. Nur so kann aus  
72 unserer Sicht das Gesundheitswesen mit dem medizinischen und technischen Fortschritt  
73 Schritt halten. Hierfür sollen die Angebote der Versicherungen in einen offenen  
74 Wettbewerb treten. Die bisherigen Angebote der GKV sollen strukturell in private  
75 Trägerschaft überführt werden. Nach Schweizer Vorbild soll der deutsche  
76 Versicherungszwang durch eine allgemeine Pflicht zur Versicherung ersetzt werden,  
77 womit allen Bürgerinnen und  
78 Bürgern künftig möglich sein soll, unabhängig ihres Einkommens frei zu entscheiden  
79 und zu wechseln. Alle Krankenversicherer sollen künftig einem einheitlichen Regelwerk  
80 für die Grundversicherung unterliegen, unabhängig von ihrer Rechtsform. Jeder  
81 Versicherer muss jeden Antragsteller für die Grundversicherung aufnehmen.  
82 Der bestehende morbiditätsorientierte Risikostrukturausgleich soll auf alle

83 Versicherer ausgedehnt werden, damit Wettbewerb auf Effizienz und nicht auf  
84 Risikoselektion optimiert wird. Entsprechend des Schweizer Vorbildes soll ein  
85 Risikostrukturausgleich für Versicherungsanbieter durch einen Risikoausgleichsfonds  
86 geleistet werden, der als Umverteilungsmechanismus zwischen den  
87 Versicherungsanbietern angelegt ist. Unternehmen mit einer günstigen  
88 Patientenstruktur zahlen einen Ausgleich an die  
89 Unternehmen mit einer teureren Patientenstruktur. Versicherte zahlen ihre Prämie  
90 direkt an den Versicherer ihrer Wahl. Der Wettbewerb findet über Prämienhöhe,  
91 Servicequalität und die Vertragsgestaltung mit Leistungserbringern statt. Der  
92 Leistungskatalog der Grundversicherung ist für alle Versicherer einheitlich.

93 Deshalb fordern wir:

- 94 • die Finanzierung von einkommensabhängigen Beiträgen auf einkommensunabhängige  
95 Kopfprämien umzustellen. Dabei soll ein steuerfinanzierter Sozialausgleich  
96 etabliert werden, der Personen mit niedrigem Einkommen durch staatliche  
97 Zuschüsse zu den Versicherungsprämien entlastet und soziale Ausgleichseffekte  
98 über das Steuersystem ermöglicht. Die Finanzierung der Zuschüsse soll gemeinsam  
99 durch Bund und Länder erfolgen.
- 100 • die Einführung von Wahlmodellen zur freiwilligen Reduktion der  
101 Versicherungsprämie. Dabei sollen Versicherte die Möglichkeit haben, gegen  
102 niedrigere Beiträge beispielsweise eine höhere Selbstbeteiligung zu wählen,  
103 Hausarztmodelle oder Bonusprogramme bei geringer Inanspruchnahme medizinischer  
104 Leistungen zu nutzen.
- 105 • ein individueller Kapitalaufbau orientiert an den singapurischen MediSave-  
106 Konten. D.h. konkret soll es für gesundheitsbezogene Ausgaben ein gesondertes  
107 Sparkonto geben, um die höheren Eigenanteile genau dann abzufangen, wenn die  
108 höheren Kosten anfallen.
- 109 • ein Teil der Kopfpauschale soll sich anhand des individuellen beeinflussbaren  
110 Verhaltens in Form des Gesundheitszustandes bestimmen. Diese Mechanismen sind  
111 bei privaten Krankenversicherungen etablierte Praxis, sodass eine angepasste  
112 Übernahme für gesetzliche Kassen keinen nennenswerten Mehraufwand bedeutet. Der  
113 Teil der Kopfpauschale soll der Höhe nach begrenzt sein und so festgelegt  
114 werden, dass er erheblichen, aber keinen dominanten Einfluss hat.

#### 115 **Reform der SPV**

116 Der würdevolle Umgang mit pflegebedürftigen Menschen ist eine zentrale Aufgabe eines  
117 liberalen Gesundheitssystems. Diejenigen, die auf Hilfe angewiesen sind, sei es  
118 aufgrund ihres Alters, einer Krankheit, einer Behinderung oder sogar einem  
119 Zusammenspiel von diesen Faktoren, benötigen eine gute Versorgung, die ihren  
120 individuellen Bedürfnissen gerecht wird. Jedoch steht die soziale Pflegeversicherung  
121 in Zeiten des demographischen Wandels unter erheblichen finanziellen Druck, sodass  
122 die langfristige nachhaltige Finanzierbarkeit konsequent angegangen werden muss.

123 Daher fordern wir:

- 124 • das Festschreiben der Leistungen des SGB XI auf dem heutigen Niveau.
- 125 • eine Umstellung der SPV auf ein individuell passendes Modell der Kapitaldeckung.  
126 Konkret soll mittelfristig eine Ablösung der SPV stattfinden. Ziel ist es, dass

127 die SPV vollständig durch ein individuelles Altersvorsorgedepot ersetzt wird,  
128 dass bereits für das liberale Modell der individuellen Aktienrente angewendet  
129 wird. Versicherungsnehmer sollen dabei wählen können, ob sie eine feste  
130 Zuweisung der Altersvorsorgebeiträge für Rentenzahlung und Pflegevorsorge wollen  
131 oder eine vollständige freie Auszahlung bevorzugen. Die Ablösung der SPV soll in  
132 Generationenkohorten stattfinden, sodass ältere Menschen die Leistungen der SPV  
133 sozial verträglich in Anspruch nehmen können, während für jüngere Kohorten  
134 schrittweise der Versicherungsbeitrag der SPV absinken soll und durch eine  
135 Steuerfinanzierung ersetzt werden soll.

136 • die private Vorsorge gezielt zu stärken, indem Pflegezusatzversicherungen  
137 stärker steuerlich begünstigt werden sollen. Hierfür wollen wir, dass  
138 Aufwendungen zur Absicherung der Pflegeücke im Steuerrecht als eigenständiger  
139 Tatbestand Berücksichtigung finden, z.B. durch eine steuerliche Abzugsfähigkeit  
140 wie die Beiträge zur Krankenversicherung und zur Gesetzlichen  
141 Pflegeversicherung.

142 • die Dynamik bei den Ausgaben zur vollstationären Pflege zurückzufahren. Hierfür  
143 wollen wir die im § 43c SGB XI enthaltene Dynamik der Ausgaben entschärfen. Aus  
144 unserer Grundüberzeugung ist eine Rückkehr zum Teilleistungsprinzip der  
145 Sozialen  
146 Pflegeversicherung zwingend erforderlich.

147 • den Pflegegrad 1 konsequent auf Prävention auszurichten. Leistungen sollen auf  
148 Beratung, Pflegekurse, Hilfsmittel und Maßnahmen zur Verbesserung des  
149 Wohnumfeldes beschränkt werden, womit andere Ansprüche, wie der Anspruch auf  
150 den Entlastungsbetrag oder ein Zuschuss bei vollstationärer Pflege, entfallen  
151 würden.

152 • die Pflegeversicherung soll ausschließlich die Leistungen finanzieren, die für  
153 eine gute Pflege notwendig sind. Versicherungsfremde Leistungen wie Renten- und  
154 Arbeitslosenversicherungsbeiträge für Pflegepersonen oder die Förderung von  
155 Angeboten des Ehrenamts und der Selbsthilfe gehören nicht dazu. Konkret  
156 sollen die pandemiebedingten Mehrausgaben vom Bund erstattet werden.

### 157 **Strukturreformen**

158 Ein zukunftsfähiges Gesundheits- und Pflegesystem braucht Veränderungen, welche über  
159 die jeweiligen Systeme selbst reichen und aus diesem Verständnis immens wichtig  
160 sind.

161 Deshalb fordern wir:

162 • Prävention muss im Sinne des Vorsorgeprinzips Priorität in der gesamten  
163 Gesundheitsversorgung erhalten. Hierzu soll die Pflege- und  
164 Krankheitsprävention

165 systematisch gestärkt werden und letztere ein gleichberechtigter Teil des  
166 Leistungskatalogs der GKV werden. Die Pflegeberatung soll so weiterentwickelt  
167 werden, dass auch für Menschen ohne Pflegegrad und deren An- und Zugehörige ein  
168 Anspruch auf Präventionsberatung besteht.

169 • den Gemeinsamen Bundesausschuss aufzulösen und seine evidenzbasierten Aufgaben  
170 auf ein weisungsfreies, mit bindender Entscheidungskompetenz ausgestattetes  
171 IQWiG zu übertragen. Dieses soll künftig eigenständig über den

- 172 Leistungskatalog,  
173 die Zulassung neuer Behandlungsmethoden, die Nutzenbewertung von Arzneimitteln  
174 im Rahmen des bestehenden AMNOG-Verfahrens und Qualitätsstandards entscheiden.  
175 Eine Leistung, deren Nutzen das IQWiG ablehnt, soll nicht in den Katalog  
176 aufgenommen werden können. Empfohlene Leistungen sollen aufgenommen werden,  
177 sofern der Bundestag nicht innerhalb von sechs Monaten mit einfacher Mehrheit  
178 widerspricht. Die Leitung des IQWiG soll durch den Bundestag ernannt werden und  
179 keinen Weisungen der Bundesregierung oder der Landesvertretungen unterliegen.  
180 Patientenvertreter sollen Stimmrecht erhalten. Vergütungsverhandlungen sollen  
181 direkt zwischen Versicherern und Leistungserbringern stattfinden. Dieses  
182 Gremium  
183 wird nach der Umstellung auf das System der Pflicht zur Versicherung auf die  
184 Definition des „Grundtarifs“ und der Nutzenbewertung von Arzneimitteln  
185 reduziert.
- 186 • eine unabhängige Aufsichtsbehörde für den Gesundheitsmarkt einzurichten, die  
187 die  
188 flächendeckende Versorgungssicherheit überwacht und eingreift, wenn Versicherer  
189 ihrer Sorgfaltspflicht nicht nachkommen. Im Gegenzug entfallen die  
190 planwirtschaftlichen Instrumente der Krankenhausplanung durch Bund und Länder.  
191 16 Landeskrankenhauspläne, staatliche Bedarfsprüfungen und politische  
192 Standortentscheidungen werden durch Marktmechanismen und unabhängige Aufsicht  
193 ersetzt.
  - 194 • die Umsetzung einer echten Krankenhausstrukturreform. Wir wollen, dass die  
195 Krankenhausversorgung sich stringent am tatsächlichen Versorgungsbedarf der  
196 Bevölkerung ausrichtet. Es soll eine Steigerung der Effizienz der stationären  
197 Versorgung durch eine Spezialisierung der Krankenhäuser stattfinden. Die  
198 Meistbegünstigungsklausel soll gestrichen und die automatische  
199 Tarifrefinanzierung für ärztliches Personal gestoppt werden. Langfristig soll  
200 die duale Krankenhausfinanzierung durch eine monistische Finanzierung ersetzt  
201 werden, bei der Investitionskosten in die Vergütung eingepreist werden.
  - 202 • die Bremsen bei der Ambulantisierung zu lockern. Durch medizinisch-technischen  
203 Fortschritt kann mittlerweile ein wesentlicher Teil der bislang stationären  
204 Leistungen kostensparender und mit besseren Behandlungsergebnissen in  
205 ambulanten  
206 Strukturen erbracht werden. Eine wichtige Stellschraube hierfür ist auch die  
207 Vergütung, diese muss zukünftig sektorengleich erfolgen.
  - 208 • die Notfallversorgung und das Rettungswesen zu reformieren. Um Hilfesuchende in  
209 Deutschland schnell, effizient und bedarfsgerecht zu versorgen, muss die  
210 überfällige Notfallreform endlich umgesetzt werden. Hilfesuchende sollen  
211 bereits  
212 vor Inanspruchnahme einer medizinischen Leistung in die passende  
213 Versorgungsebene steuern, um Krankenhauskapazitäten zu entlasten. Der  
214 Rettungsdienst soll ein Leistungsbereich des SGB V mit bundeseinheitlichen  
215 Qualitätsanforderungen werden, wobei die Kostenbeteiligung der Länder zu regeln  
216 ist.
  - 217 • die bestehenden getrennten Gebührenordnungen (EBM und GOÄ) sollen durch einen

- 218 einheitlichen Gebührenkatalog des IQWiG ersetzt werden. Versicherer können auf  
219 Basis dieses Katalogs eigenständig Vergütungsvereinbarungen mit  
220 Leistungserbringern treffen.
- 221 • die Versicherten sollen bei Leistungsanspruchnahme automatisch eine  
222 Aufstellung aller Leistungen und Kosten in übersichtlicher Form erhalten.
  - 223 • den Schutz der GKV und SPV vor staatlichen Eingriffen. Kranken- und  
224 Pflegekassen  
225 sollen die Möglichkeit erhalten, die Rechte ihrer Mitglieder gegenüber der  
226 staatlichen Ebene auch auf dem Rechtsweg durch Klagerechte vertreten zu können,  
227 insbesondere wenn Mittel der Beitragszahlenden zweckentfremdet werden oder wenn  
228 der Bund, die Länder oder die Kommunen ihren finanziellen Verpflichtungen nicht  
229 nachkommen. Hierzu wollen wir eine klare Regelung sowohl im  
230 Sozialgerichtsgesetz  
231 als auch im Bundesverfassungsgerichtsgesetz eine Verankerung der  
232 institutionellen Unabhängigkeit des IQWiG im Grundgesetz, analog zur  
233 Unabhängigkeit der Deutschen Bundesbank.
  - 234 • Bürokratieabbau und Digitalisierung konsequent voranzutreiben. Konkret soll die  
235 Datenerhebung auf das fachlich Notwendige reduziert werden und eine bundesweit  
236 zentrale digitale Daten- und Kommunikationsplattform Qualitätsprüfungen  
237 vereinfachen. Mit der Übernahme der Mehrheit der Gesellschafteranteile der  
238 Gematik durch den Bund wurden der GKV faktisch die Gestaltungsmöglichkeiten  
239 genommen, obwohl die Digitalisierung des Gesundheitswesens eine  
240 gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist und folglich aus Steuermitteln finanziert  
241 werden sollte. Die Aufgaben der Gematik sollen deshalb auf Spezifikationen,  
242 Vorgaben, Zulassung und Aufsicht beschränkt werden
  - 243 • um staatliche Bevormundung und politische Verhaltenslenkungsversuche abzubauen,  
244 sollen die existierenden Lenkungs- und Bagatellsteuern abgeschafft werden.  
245 Drogenkonsum (wie beispielsweise der Konsum von Alkohol oder Tabak) soll über  
246 zweckgebundene Abgaben die entsprechenden Folgekosten für das Gesundheitssystem  
247 decken. Die Einnahmen dieser Abgaben sollen unmittelbar in die Prävention und  
248 Behandlung des Drogenkonsums investiert werden, deren Höhe alleine nach den  
249 direkten Behandlungskosten im Gesundheitssystem bestimmt werden sollen. Dadurch  
250 werden die Folgekosten direkt durch die verantwortlichen Personen und nicht  
251 durch die Gesamtgesellschaft internalisiert.
  - 252 • Steuern abzuschaffen und zu senken. Die Versicherungssteuer soll abgeschafft  
253 werden und stattdessen Versicherungen unter den ermäßigten Umsatzsteuersatz  
254 fallen. Die Kranken- und Pflegeversicherung sollen von der Umsatzsteuer  
255 ausgenommen sein. Für eine Gleichbehandlung mit anderen lebensnotwendigen  
256 Gütern soll auch für Arznei- und Hilfsmittel der ermäßigte Umsatzsteuersatz  
257 gelten.
  - 258 • die Schaffung einer Teil-Krankschreibung im Arbeitsrecht und die Einführung von  
259 Karenztagen. Da manche Symptome es zulassen, mit weniger Stunden zu arbeiten  
260 oder nur eine Einschränkung der Tätigkeit erfordern, soll ein Arzt künftig eine  
261 teilweise Krankschreibung bescheinigen können. Hiermit würde der Arbeitnehmer  
262 für die geleistete Arbeit anteilig entlohnt werden und für die nicht geleistete  
263 Zeit einen Anspruch auf Lohnfortzahlung erhalten. Bei vollständiger

264 Krankschreibung besteht der Anspruch auf Lohnfortzahlung erst ab dem dritten  
265 Tag.

### **Begründung**

Erfolgt mündlich.

## Antrag S01: Aufnahme von Mitgliedern bei untätiger Gliederung durch den Bundesvorstand ermöglichen

Laufende Nummer: 3

Antragsteller*in:	Bundesvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	S - Satzung, Geschäftsordnung und Schiedsordnung

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 § 3 Abs. 2 der Satzung wird wie folgt gefasst (**Änderungen hervorgehoben**):
- 2 Die Aufnahme von Personen, die zum ersten Mal einen Aufnahmeantrag stellen oder nach
- 3 einem Austritt erneut die Aufnahme beantragen, erfolgt bei dem zuständigen
- 4 Landesverband nach dem in der Landessatzung vorgesehenen Verfahren. **Entscheidet die**
- 5 **zuständige Gliederung nicht binnen 1 Monat über den Aufnahmeantrag, kann der**
- 6 **Bundesvorstand über den Antrag entscheiden.** Die Aufnahme von Personen, deren Aufnahme
- 7 schon einmal abgelehnt worden ist, und die Wiederaufnahme von ausgeschlossenen
- 8 Mitgliedern erfolgt durch den Bundesvorstand.

### Begründung

Erfolg mündlich.

## Antrag S02: Neuregelung der Zusammensetzung des erweiterten Bundesvorstandes ermöglichen

Laufende Nummer: 4

<b>Antragsteller*in:</b>	Bundesvorstand
<b>Status:</b>	eingereicht
<b>Sachgebiet:</b>	S - Satzung, Geschäftsordnung und Schiedsordnung

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 In § 8 Abs. 1 der Satzung wird der letzte Satz „Zu seinen Sitzungen sind Leiter der
- 2 Bundesarbeitskreise als ständige Gäste einzuladen.“ gestrichen.

### Begründung

Erfolgt mündlich.